

# Der Deutsche Metallarbeiter

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

### Bekanntmachung.

Es wird hierdurch wiederholt darauf hingewiesen, daß den Mitgliedern unseres Verbandes unentgeltliche Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt gewährt wird durch den Rechtskonsulenten Herrn Böder in Berlin. Jedes Mitglied, welches die Vertretung in Anspruch nehmen will, hat sich seitens der Zentralleitung unseres Verbandes eine Bescheinigung ausstellen zu lassen, wodurch die Verbandszugehörigkeit nachgewiesen wird. Diese Bescheinigung ist dann mit den Akten an Herrn Böder einzusenden.

Wer dies unterläßt, hat für den Vertretungsfall auf eigene Kosten 5 Mk. zu entrichten, welche von unserem Verband nicht zurückerstattet werden. Um sich unnötige Ausgaben zu ersparen, liegt es im Interesse der Mitglieder, im Bedarfsfalle eine Bescheinigung ihrer Mitgliedschaft zu erwirken.

Das Mitglied Riemann, Buch-Nr. 84344 aus Delde, wird wegen Schädigung des Verbandes aus dem Verbandsverhältnis ausgeschlossen. Derselbe hat sich durch Vorspiegelung von Arbeitslosigkeit wochenlang Arbeitslosenunterstützung erschlichen, indem er sich des Abends zur Kontrolle meldete, während er tagsüber seiner Arbeit nachging. Gegen Riemann wird gerichtlich vorgegangen werden.

Die Kollegen von Delde trifft insofern ein Vorwurf, als sie die Kontrolle zu nachlässig vorgenommen haben. Des Abends nach Feierabend kann keine Arbeitslosenkontrolle vorgenommen werden.

Da solche Fälle wiederholt vorkommen, werden die Ortsgruppenvorstände darauf aufmerksam gemacht, daß arbeitslose Mitglieder sowohl vormittags wie nachmittags sich zur Kontrolle zu melden haben. Es ist eine Liste aufzulegen, worin sich jeder Arbeitslose einzutragen hat. Derjenige, der sich nicht eingetragen hat, darf für die betreffenden Tage keine Unterstützung erhalten. Die bestimmten Stunden, wann sich die Arbeitslosen zu melden haben, können von den Ortsgruppenvorständen festgelegt werden, dürfen aber nur in die regelmäßige Arbeitszeit fallen. Die Mittagszeit von 12 bis 2 oder sonstige Pausenzeiten dürfen nicht zur Kontrolle festgesetzt werden.

Desgleichen wird das Mitglied Martin Oberberger aus Sulzbach (Oberpfalz) Buch-Nr. 104716 aus dem Verbandsverhältnis ausgeschlossen. Derselbe hatte sich 12 Mk. Reisegeld erschwindelt, um in Durbach Arbeit anzunehmen, welches aber unterblieb.

Die Ortsgruppenvorstände, insbesondere diejenigen Kollegen, welche mit der Unterstützungsauszahlung betraut sind, werden wiederholt auf die statistischen Bestimmungen aufmerksam gemacht. Fortwährend sind Fälle zu verzeichnen, wo mehr Unterstützung ausbezahlt wird, als nach dem Statut zulässig ist; dies gilt insbesondere auch von der Wanderunterstützung. Die Wanderunterstützung beträgt nicht 120 Mk., sondern nur 50 bis 70 Mk. Sind bei einjähriger Mitgliedschaft 50 Mk. Wanderunterstützung erhoben, so darf weitere Unterstützung nicht mehr ausgezahlt werden. Auch in die Reiselegitimation darf nur diejenige Summe, welche auf die Wanderunterstützung erhoben werden kann, eingetragen werden, und dieses ist nur die Summe zwischen 50 bis 70 Mk., je nach Dauer der Mitgliedschaft.

Weber, Verbandsvorsitzender.

### Gesichtete Schlichtungskommission.

Der Verband Bayerischer Metallindustrieller veröffentlicht in der Tagespresse, u. a. in der „Kölnischen Volkszeitung“ Nr. 158 vom 22. Februar, folgende Darlegungen:

Im Sommer 1907 hatte der Verband Bayerischer Metallindustrieller den Entwurf einer Schlichtungsordnung zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern veröffentlicht. Zwischen Vertretern des an-

regenden Verbandes und der verschiedenen Organisationen der Arbeiter fanden Kommissionsverhandlungen statt, als deren Ergebnis im Mai 1908 mitgeteilt werden konnte, daß eine Einigung über die Schlichtungsordnung erfolgt sei, vorbehaltlich der Zustimmung der für die einzelnen Vertreter in Betracht kommenden Instanzen. Zwar hat der Vorstand des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller seine rückhaltlose Zustimmung zu dem Entwurf ausgesprochen, besitzigen haben die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, der Christliche Metallarbeiterverband und die sogenannten „gelben“ Arbeitervereine die entworfenen Schlichtungsordnungen nicht aber der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, er hat an dem Kommissionsentwurf Änderungen begehrt, von denen er wußte, daß sie von den Arbeitgebern nicht zugestanden werden konnten, so daß schließlich an seinem Verhalten die Verwirklichung des dem sozialen Frieden zweifellos förderlichen Gedankens einer ständigen Schlichtungsordnung für die Betriebe im Bereiche des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller gescheitert ist. Es waren Werkkommissionen für alle Betriebe des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller vorgesehen, ferner für Augsburg, München und Nürnberg je eine Ortskommission und schließlich als dritte Instanz für ganz Bayern eine Hauptkommission, die beiden letzteren zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehend. Nach reinem Verhältniswahlrecht mit gebundenen Listen sollten die Kommissionsmitglieder gewählt werden, so daß eine durchaus gerechte Anteilnahme der einzelnen Richtungen der Arbeiter in den Kommissionen garantiert gewesen wäre. Mit einem Schlag wären in allen Betrieben des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller durch die Werkkommissionen Arbeiterauschüsse entstanden, die Kommissionen wären ständige gewesen, welche jederzeit zur Beilegung von Streitigkeiten hätten einberufen werden können, den Beamten der Organisationen war das Recht zur Mitarbeit in den Kommissionen mit beratender Stimme zugesagt worden, außerdem hätten sich die beiderseitigen Parteien für verpflichtet erklärt, in keinen Ausstand und keine Ausperrung zu treten, ehe in allen drei vorgeschriebenen Instanzen eine Vermittlung versucht worden sei. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat diese ganze Friedensinstitution an der im Entwurf vorgesehenen Regelung des Vorstages in den Kommissionen und der Teilnahme der „gelben“ Arbeiter scheitern lassen. Nach dem Entwurf hätten in den Kommissionen die Arbeitgeber den Vorsitz führen sollen. Der Metallarbeiterverband verlangte den Wechsel des Vorstages zwischen einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer für Orts- und Hauptkommission. Demgegenüber wurde vom Verband Bayerischer Metallindustrieller darauf hingewiesen, daß das natürliche Unterordnungsverhältnis des Arbeiters unter den Arbeitgeber, selbstverständlich nur im Rahmen des Arbeitsvertrages, diese Verteilung des Vorstages verbiete, weil dadurch die Werkkommission leiden müsse. Dasselbe wäre die Frage des Vorstages nur eine mehr formelle gewesen. Nicht als etwa dem Vorstehenden ein ausschlaggebendes Stimmrecht oder ähnliches hätte eingeräumt werden sollen; die geplante Kommission hätte lediglich die Schlichtung von Streitigkeiten im Wege der Verhandlungen, nicht etwa im Wege der Abstimmung zur Aufgabe gehabt, so daß dem Vorstehenden ausschließlich die „Stellungspolizei“ obgelegen hätte.

Gegenüber der zweiten Forderung des sozialdemokratischen Verbandes, die „gelben“ Arbeiter müßten von der Wahlbarkeit in die Schlichtungskommission ausgeschlossen werden, hat der Verband Bayerischer Metallindustrieller erklärt, daß die Schlichtungsordnung nicht nur für organisierte Arbeiter, sondern für die Arbeiterklasse schlechthin geplant war. Es war als eine Selbstverständlichkeit erklärt worden, daß Arbeiter wegen ihrer Tätigkeit in den Kommissionen nicht gemässigt werden dürften. Damit ist de facto ausgesprochen worden, daß es alleinige Sache der Arbeiter sei, ob und wie sie sich organisieren wollen, und daß in diesen Fragen der Arbeitgeber sich jeder Einmischung zu enthalten habe. Die Freiheit des Arbeiters zur Organisation blüht notwendigerweise auch die Freiheit des Arbeiters in der Wahl der Organisation. Schon vom praktischen Standpunkt aus dürften deshalb die Arbeitgebervertreter und der Verband Bayerischer Metallindustrieller eine Zurückziehung und Ausschließung der „gelben“ Arbeiter unter keinen Umständen anerkennen. Der Ausschluß der „Gelben“ hätte am letzten Ende notwendigerweise zur Beschränkung der Koalitionsfreiheit und zum Koalitionszwang führen müssen. Wohl haben auch die Christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften ihre Gegnerschaft zu den „gelben“ Vereinen zum Ausdruck gebracht, sie haben sich aber mit ihrem Be-

stehen abgefunden und werden versuchen, sie auf sonstigen Wegen zu bekämpfen, wohl haben auch diese beiden Richtungen Anträge auf Abänderung der vom Verband Bayerischer Metallindustrieller vorgeschlagenen Regelung des Vorstages gestellt, sie haben aber im Interesse der Sache und der Förderung des gewerblichen Friedens ihre Wünsche zurückgestellt und sich mit der vorgeschlagenen Regelung zufriedengegeben. Dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband aber geht offensichtlich der Kampf gegen die „gelben“ Organisationen über den sozialen Frieden. Ihm allein ist die Verantwortung für das Scheitern eines zweifellos sehr geeigneten Friedensinstrumentes für die bayerische Industrie und die bayerischen Metallarbeiter aufzubladen. Es ist lebhaft zu bedauern, daß die ständigen Friedensklammer nicht ins Leben treten können, sie hätten vor allem dazu beigetragen, das Verantwortlichkeitsgefühl auf beiden Seiten im wirtschaftlichen Kampfe zu stärken, hätte doch, wie schon angebeutet, nach den Satzungen nur in Streit oder Ausberrung streiten werden dürfen, wenn alle Instanzen (Werkkommission, Orts- und Hauptkommission) vergeblich sich bemüht hätten, die Streitigkeiten beizulegen. Der Verband Bayerischer Metallindustrieller hat das für den Arbeitgeber auch nur irgend mögliche Entgegenkommen den Arbeitern und ihren Organisationen gegenüber bewiesen, er hat zum Ausdruck gebracht, daß er bei allen Differenzen aus dem Arbeitsvertrag gewillt ist, zunächst den Weg der friedlichen Einigung zu betreten, er hat seine Hand zum Frieden geboten; sie ist von der größten Gewerkschaft ausgeschlagen worden, von einer Gewerkschaft, die immer das Wort im Munde führt, daß sie allein die Interessen der Arbeiter vertritt.

Soweit die Darlegungen des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller.

Das Scheitern der geplanten Schlichtungsordnung ist zu bedauern. Gewiß hatte der vorliegende Entwurf noch manche Lücken und Mängel, aber immerhin wäre es doch ein Anfang, eine Grundlage zur friedlichen Beilegung entstehender Differenzen unter Anerkennung der Arbeiter und ihrer Organisationen seitens der Unternehmer gewesen. Im Laufe der Zeit hätten die organisierten Arbeiter auf Grund der gemachten Erfahrungen eine Reform und Vervollständigung der Einrichtung mit Aussicht auf Erfolg anstreben können.

Die Gründe, an denen der sozialdemokratische Metallarbeiterverband die Schlichtungsordnung scheitern ließ, können nicht als taktisch richtig anerkannt werden. Gewiß haben auch die Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes bei den Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die „Gelben“ niemals als Vertreter der Arbeiter anerkennen können. Die weitere Frage aber, ob man um dieser wenigen Leute willen die Einigungskommission scheitern lassen solle, haben sie nicht bejahen können, und zwar aus mehreren Gründen. Zunächst sind es doch nur ganz wenige Betriebe, darunter vornehmlich die Augsburger Maschinenfabrik, wo die Gelben ernstlich in Frage kommen. In diesen gewerkschaftlichen Betrieben können die Gewerkschaften aber ohne die Schlichtungsordnung ebenso wenig gegen das gelbe Streikbrechertum erreichen, vielleicht noch weniger, als in einer bestehenden Schlichtungskommission. In den Betrieben, wo die „Gelben“ aber gar nicht in Betracht kommen oder nur ein Scheindasein führen, hätten sie ja so wie so nichts mitzubringen und könnten hier keine Brunnenbergung betreiben. Zudem sollten die Schlichtungs-Kommissionen keine Mehrheitsbeschlüsse auf Grund von Abstimmungen herbeiführen, sobald auch hier der Vertretung der Unternehmerinteressen durch die „Gelben“ natürliche Schranken gezogen waren.

Ferner hätten die gewerkschaftlichen Vertreter bei etwaigen Verhandlungen in den Kommissionen die „Gelben“ zum Zurückweichen zwingen und sie dann nachher stets öffentlich an den Pranger stellen können, wenn sie die Interessen des eigenen Standes mit Füßen getreten hätten. Allerdings besteht über den wahren Charakter der Gelben in den Betrieben Arbeiterkreisen keine Unklarheit mehr, aber für die denfalls und irreführenden Arbeiter ist es dennoch außerordentlich belehrend und erziehend, wenn an Hand praktischer Beispiele der gelben Seite nachgewiesen

Die Schelle umgehängt wird. Dafür würde sich hier weitestgehend die beste Gelegenheit geboten haben.

Dann kommt noch ein weiteres hinzu. Bei einer Verständigung und gemeinsamer Vorgehen der drei verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen müsste es möglich sein, den Einfluss der Gelben — selbst in ihren Domänen — auf ein winziges Maß zurückzuführen. Ob aber dazu beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband Verhandlung vorhanden ist, muß nach seinem bisherigen Verhalten stark bezweifelt werden. Die Suche nach der Alleinherrschaft ist jedenfalls auch hier die treibende Kraft zu seiner diesbez. Stellungnahme gewesen.

Das Einigungsweisen in der Metallindustrie ist gegenüber andern Gewerbebezügen noch außerordentlich weit im Rückstand. Die verantwortlichen Führer der Arbeiter haben daher doppelte Ursache, gewissenhaft jede Gelegenheit wahrzunehmen, die eine annehmbare Grundlage für eine Verständigung zwischen Metallindustrie und Unternehmern bietet. Besonders in der Metallindustrie, wo der rücksichtslose Herr im Hause Standpunkt wie in keinem andern Gewerbe seinen Rückhalt findet, hätte eine solche Schlichtungsorganisation auch auf die Schlichter im übrigen Deutschland nicht ohne Einfluss bleiben können. Der „freie“ Metallarbeiterverband hat durch seine ablehnende Stellungnahme die Interessen der Metallarbeiter ohne Zweifel schwer geschädigt.

### Invaliden- und Altersversicherung.

Es ist eine bedauerliche, aber immer wieder zutage tretende Erscheinung, daß von der sozialen Gesetzgebung gerade die Kreise, in deren Interesse alle diese Bestimmungen getroffen sind, oft am allerwenigsten wissen. Für die Arbeiter, die sich mit so vielen Dingen beschäftigen, liegt eine Kenntnis wenigstens der wichtigsten Pflichten und Rechte, die sich aus den Sozialgesetzen ergeben, im eigenen Interesse. Nun mag ohne weiteres untergehen werden, daß die Materie an sich trocken, oft sehr trocken erscheint; sie ist auch kompliziert und wie alles, was mit der Jurisprudenz zu tun hat, verknäuelert und unklar. Der intelligente Arbeiter, der nur wenige Stunden der Woche zu seiner Verfügung hat, zu geringe geistige Anregung, als daß er die knapp bemessene Masse so vertiefen möchte; andererseits scheut er sich durch seine Unkenntnis der Bestimmungen oft genug vor eigenen Forderungen, er bringt sich zu Renten, die die Materie kennen, in unnötige Abhängigkeit, ja, sein Mangel an Erfahrung kann ihn zur Ueberretung der Gesetze und zur Strafe führen.

Für Fragen der Unfallversicherung und Fabrik- resp. Gewerbechirurgie trifft man bei Arbeitern, besonders in den technischen Betrieben, meist größeres Interesse und mehr Verständnis an, da diese ihrer täglichen Tätigkeit näher liegen. Die Anwendung der Unfallversicherungsbestimmungen und Einrichtungen erfordert ihre Mitarbeit und daher recht brauchbare Verbesserungen an Maschinen; der Werkzeugen verstanden ihre Entstehung von Arbeitern; von den zahlreichen, ihre Bewegungsfreiheit einengenden Bestimmungen halten sie schon deshalb nicht allzuviel, weil diese zum Teil an dem in Deutschland so unbeliebten „grünen Tisch“ entstanden sind.

Wir wollen uns heute in kurzen Zügen und nur mit den allerwichtigsten Bestimmungen der Invalidenversicherungsgesetzes beschäftigen, das in seiner heute geltenden Form am 1. Januar nächsten Jahres auf sein 10jähriges Bestehen zurückblickt. Es erstreckt sich auf alle Lohnarbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts, die das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben. Nach

Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, überhaupt Angestellte, deren regelmäßiger Jahresverdienst 2000 Mark nicht übersteigt, zählen hierzu. Personen, die bereits eine Invalidenrente beziehen oder die als Entgelt nur freien Unterhalt haben, wie Lehrlinge, sind der Versicherungspflicht nicht unterworfen. Der Versicherungspflichtige ist auf zwei Renten und zwar für den Fall ganzer oder teilweiser Erwerbsunfähigkeit auf die Invalidenrente und auf die Altersrente, die er, ob erwerbsunfähig oder nicht, nach dem 70. Lebensjahr erhält. Die Auszahlung beider Renten wird durch die zukünftigen Beiträge besorgt. Um aber in den Genuß einer Invalidenrente zu kommen, muß eine Wartezeit von 200 Beitragswochen abgelaufen sein, während der Bezug der Altersrente eine Wartezeit von 1200 Beitragswochen erfordert. Ohne daß Beiträge bezahlt sind, werden auf die Wartezeit bis zu einem Jahre die Wochen angerechnet, in denen der Versicherte (ohne sein Verschulden) krank und erwerbsunfähig war oder während er seiner Militärpflicht genügt hat.

Die Mittel, aus denen die Renten bestritten werden, haben Arbeiter und Versicherte, je zur Hälfte, aufzubringen, während das Reich zu jeder Woche einen Zuschuß von 50 Mark gewährt. Ist der Versicherungspflichtige in derselben Woche an verschiedenen Arbeitsstellen tätig, so hat derjenige Arbeitgeber für die ganze Woche zu flehen, bei dem er zuerst beschäftigt war. Arbeitgeber, die ihre Beitragspflicht auch nachträglich nicht erfüllen, haften der Versicherten zivilrechtlich für entstandene Nachteile. Versicherungsanstalten, in deren Händen die Verwaltung liegt, haben die gegenwärtig 31.

Die Höhe der zu leistenden Wochenbeiträge richtet sich nach dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst und zwar zählt

Lohnklasse 1 (bis zu 350 Mk.):	14 Pf.
" 2 (von 350—550 Mk.):	20 Pf.
" 3 (von 550—850 Mk.):	24 Pf.
" 4 (von 850—1150 Mk.):	30 Pf.
" 5 (über 1150 Mk.):	36 Pf.

Für die einzelnen Lohnklassen gibt die Versicherungsanstalt durch Vermittlung der Post Marken aus (rot, blau, grün, braun, gelb), die in die Quittungskarte einzulegen sind. Es ist verständlich, daß diese nur Marken der Versicherungsanstalt eingeklebt werden, deren Namen die Quittungskarte aufgedruckt trägt. Ausstellung und Austausch der Karte besorgt meistens die Ortspolizei, die auch dem Versicherten über eine abgenommene volle Karte Bescheinigung gibt. Man tut gut, sich diese Bescheinigungen nun nie nicht zu verlieren, zusammenzubehalten. Will der Arbeitgeber die Quittungskarte nach Einleben der Marken etwa bei einem Arbeitswechsel des Versicherten zurückhalten, so veranlaßt letzterer die Ortspolizei, ihm die Karte zuzustellen. Im Anfang des Bestehens dieses Gesetzes wurde die Karte gegen von Arbeitgebern benutzt, dem Versicherten durch besondere Vermerke über Führung, Leistung usw. etwas an Prege zu stellen, das ist strafbar; jede andere als die vorgeschriebene Eintragung in die Quittungskarte ist verboten. Daß die Wiederbenutzung bereits gebrauchter Marken als Fälschung schwer bestraft wird, bedarf wohl keiner näheren Erklärung.

Die Frage: Welche Rente habe ich einmal zu beanspruchen? ist für den Versicherten die wichtigste. Die Invalidenrente setzt sich aus dem Reichszuschuß (60 Mark), dem Grundbetrage und den Steigerungssätzen der Versicherungsanstalt zusammen. Der Grundbetrag beläuft sich für Lohnklasse 1 auf 60 Mk.

" 2	70 "
" 3	80 "
" 4	90 "
" 5	100 "

Der Steigerungssatz beträgt für jede Beitragswoche für die 1. Lohnklasse	3 Pf.
" 2.	6 "
" 3.	8 "
" 4.	10 "
" 5.	12 "

Zur Berechnung des Grundbetrags legt man 500 Beitragswochen zugrunde, für die feststehend rechnet man Beiträge der niedrigsten Lohnklasse, bei mehr als 500 Beitragswochen bringt man nur die 500 höchsten Beiträge in Anrechnung. Für die Militärzeit oder die Wochen beschleunigter Krankheit rechnet man die Beiträge nach Lohnklasse 2. Es kommt also bei der Berechnung verschiedene Lohnklassen in Betracht, man muß deshalb den Grundbetrag im Durchschnitt berechnen, d. h. es ist der 500. Teil des Grundbetrages der betreffenden Lohnklasse mit den Beitragswochen zu multiplizieren.

Die Altersrente berechnet sich anders. Außer dem Reichszuschuß besteht sie aus dem Grundbetrage, der sich beläuft

in Lohnklasse 1 auf 60 Mk.,	
" 2	90 "
" 3	120 "
" 4	150 "
" 5	180 "

Den Durchschnitt des Grundbetrages erhält man, wenn man den 1200. Teil des Grundbetrages der betreffenden Lohnklasse mit der Zahl der beschleunigten Beitragswochen multipliziert. Die Invalidenrente wird also fällig einmal mit Beginn der dauernden Erwerbsunfähigkeit, sodann bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit nach 26wöchentlicher Krankheit (Krankrente). Die Altersrente fängt mit dem ersten Tage des 71. Lebensjahres an, kann sich aber, falls nicht etwa 1200 Wochen Wartezeit vorangegangen, hinauschieben.

Verheiratet sich eine weibliche Versicherte, so erhält sie, wenn mindestens 200 Wochenbeiträge eingezahlt sind, auf Antrag die Hälfte der bezahlten Summe zurück, sie muß aber den Antrag vor Ablauf eines Jahres nach dem Tag ihrer Verheiratung stellen. Selbstverständlich geht mit dieser Altersrente jeder Rentenanspruch verloren, weshalb vor diesem Schritt eindringlich zu warnen ist. Stirbt ein Versicherter, ehe er in den Genuß seiner Rente kommt, so erhält die Frau bzw. die ehelichen Waisen, immer unter der Voraussetzung der 200 Beitragswochen, die Hälfte der entrichteten Beiträge. Dasselbe Recht leiht sich beim Tode einer versicherungspflichtigen Frau für die Kinder und den erwerbsunfähigen Witwer her. Versicherte, welche eine dauernde Unfallrente beziehen, die höher ist als die entsprechende Invalidenrente, können gleichfalls die Hälfte der eingezahlten Beiträge zurückverlangen. Ein Erbschaftsbesitz auf Invalidenrente tritt außer in den genannten Fällen ein, wenn innerhalb zweier Jahre nach dem Aussterben der Karte überhaupt nicht oder für weniger als 20 Wochen Beiträge entrichtet sind. Beschleunigte Krankentage und militärische Leistungen werden angerechnet. Bötiger Verlust der Invalidenrente tritt ein, wenn der Versicherte die Erwerbsunfähigkeit absichtlich herbeigeführt, oder, wenn er sie sich bei Verübung eines Verbrechens zugezogen hat. In beiden Fällen kann aber die Rente der Familie zugewiesen werden. Um nun auch denen, die ein höheres Einkommen beziehen, die beschriebenen Vorteile der Versicherung zugute kommen zu lassen, können Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker mit einem Verdienst zwischen 2000—3000 Mark freiwillig eintreten, solange sie das 40. Lebensjahr nicht überschritten, nicht dauernd erwerbsunfähig sind und noch an keiner 26 Wochen ununterbrochen dauernden Krankheit gelitten haben; ebenso können Gewerbetreibende mit nicht mehr als zwei versicherungspflichtigen Arbeitern oder gegen freien Unterhalt beschäftigte Personen freiwillig eintreten. Die Invalidenrente ist nicht endgültig erteilt, sie kann dem Versicherten vielmehr, sobald er wieder erwerbsfähig wird, entzogen werden. Während eines Aufenthaltes im Auslande ruht die Rente gleichfalls und versicherte Ausländer können mit dem dreifachen Betrag der Jahresrente endgültig abgefunden werden.

Ueber das Ruhen der Rente, Verpfändung, Uebertragung usw. existieren noch zahlreiche Bestimmungen, die wir hier in einem Artikel natürlich nicht alle durchsprechen können. Daß bei der Ausübung des Gesetzes vielerlei Streitfragen entstehen, ist selbstverständlich und

### Jugend — Alkohol — Charakter.

Wem ist nicht schon ein Goethesches Gedicht durch eine pedantische Schulstunde verdorben worden? Wem wurde nicht schon durch süßliche Beter die Religion entfremdet? Und wer blieb nicht schon dem Alkohol treu aus bloßem Verger über jene unheimliche Art gewisser Abstinenzanten, in deren fanatischer Agitation sich doch nur eine neue Art von Unmäßigkeit äußert, die alle andern Interessen im Innern erstötet?

Es bleibt aber dennoch eines wahrhaft freien Menschen unwürdig, eine große Sache abzulehnen, weil sie zufällig durch kleine Vertreter zu ihm redet. Wer es ernst meint mit seiner sozialen Verantwortlichkeit und mit dem Heil seines eigenen Charakters, der kann doch unmöglich gleichgültig bleiben gegenüber die Tatsachen und Forderungen, welche die Alkoholgegnerbewegung uns vorlegt.

Ein neuer Physiologe hat einmal eine Untersuchung über die Verheerungen angestellt, welche der erbliche Alkoholismus in einer einzigen Familie angerichtet hat, deren schreckliche Geschichte er mit Unterstützung der Behörden bis ins einzelne verfolgte. Eine 1740 geborene Frau namens Aba Jurte, die im Anfang unseres Jahrhunderts ihren Lebenslauf beendete, welcher derjenige einer Säuferin, Diebin und Landstreicherin gewesen war, hinterließ eine Nachkommenschaft, die schließlich auf 84 Personen anwuchs, von denen der Lebenslauf von 709 amtlich verfolgt werden konnte. Von ihnen waren 106 außer-ehelich geboren, 142 Bettler, 64 Almosenempfänger, 181 Frauen gaben sich der Prostitution hin und 67 Personen dieser Familie wurden wegen begangener Verbrechen, 7 davon wegen Mordes, verurteilt. In 75 Jahren hat diese einzige Familie nach angestellten Berechnungen dem Staate an Unterstützungsgeldern,

Gefängnislohn, Entschädigungssummen usw. einen Betrag getostet, der auf 5 Millionen Mark geschätzt wird!!

Kann man diesen erschütternden Tatsachen gegenüber jagen: Was geht das mich an? Meine Mutter heißt nicht Aba Jurte — wir trinken unsern Gläsern in Ehren — müssen wir unsern harmlosen Genuß opfern, weil andere nicht Maß zu halten wissen? Was hat das große Elend der Trinker mit unserm Hausstrunk zu tun? Ist unser Weinkeller etwa schuld an dem Zusammenbruch ganzer Familien, an der Zerrüttung ganzer Generationen? Sind wir denn Säufer?

Antwort: Ihr vergeßt, daß jenes ungeheure Elend und jene in die Augen fallende Entartung uns sozusagen nur im Vergrößerungsglase zeigt, in welchem Maße überhaupt der Alkohol den Charakter beeinflusst und unmerklich jeden beeinflusst, der ihn in sein Gehirn einläßt. Es gibt eine schleichende Vergrößerung aller feinsten Lebenskräfte, eine unmerkliche Einschüferung aller besten Wachsamkeit — diese Dinge mögen ohne sichtbare Auflösung durch die Generationen gehen, in Wirklichkeit aber zwingen sie allmählich doch alles auf den zweiten Rang, was ersten Ranges in uns sein könnte!

Die Tropfen, die wir trinken, mögen weder uns noch unsere Nachkommen zu Ibioten machen — aber sie werden dennoch alle unsere Lebensentscheidungen im großen und im kleinen nach der niederen Seite beeinflussen.

Man beobachte doch nur einmal die Entwicklung der Tugend, sobald der Tropfen im Gehirn zu wirken beginnt! Man denkt weniger gewissenhaft an die Kinder, welche zuhören, erweist der Gegenwart der Frauen weniger Ehre, jagt alles araber und einseitiger, als man es sonst tät.

Der Alkohol ist schon deshalb der schlimmste Feind der Menschen, weil er unser bestes Selbst im Schlaf zwingt, weil er unsere besten Gedanken lahm legt, statt daß sie wie Schutzengel über uns wachen. Gibt es ein herrlicheres Ideal, als die allgegenwärtige Liebe, die alles Tur und Reden eines Menschen besetzt? Gerade das aber ist die schlimme Wirkung des Alkohols, daß er uns die wachsame Liebe nimmt, mit der wir alle unsere Werke und Taten segnen sollten, bevor sie in die Welt gehen. Viele sagen nun: „Unsere Väter und Großväter haben auch ihren Schluck vertrugen!“ Oder man sagt: „Es ist immer getrunken worden!“ Allein man vergißt, daß wir keine so robusten Menschen mehr sind und in viel aufreibenderen Zeiten leben. Man denkt nicht daran, daß die Reize, die von außen unser Nervensystem angreifen, tausendmal stärker geworden sind als in den ruhigen Zeiten der Vergangenheit. Unsere Nerven aber sind weit empfindlicher und schwächer geworden, und darum wirkt jeder Tropfen Alkohol umso verheerender. Wir alle sind in irgend einer Weise nervös belastet oder überreizt; wir alle brauchen darum Beruhigungsturen, aber keine Aufstachelungen. Wir bedürfen mehr als je Selbstzucht und Geistesherrschaft, um unser Nervensystem gesund zu erhalten, und es vor dem Uebermaß der Reize zu bewahren. Kurz, im Namen aller erkranken und tapfern Selbsterziehung: Fort mit dem Alkohol! Und selbst wenn die Aerzte mir bewiesen, der Alkohol sei der Gesundheit förderlich, so würde ich sagen: Es ist ein Grundverstoß, die Gesundheit nur auf den tierischen Teil des Menschen zu gründen. Das Fundament auch aller physischen Gesundheit ist die Klarheit des Geistes, die Stärke des Willens, die Spannkraft des Willens. Von der Energie des Geisteslebens hängen alle Funktionen des Körpers. Darum gibt es keine Gesundheit, die auf Kosten des Charakters gewonnen werden könnte.

wir wollen nur noch mit wenigen Worten den Instanzenweg angeben. Als 1. Instanz entscheidet der Vorstand der Versicherungsanstalt, gegen dessen Urteil Berufung an das Schiedsgericht einzulegen ist; als höchste Revisionsinstanz urteilt das Reichsversicherungsamt zu Berlin, dessen Entscheidungen rechtskräftig sind. Der Präsident und die ständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes werden von der Krone auf Lebenszeit ernannt, während die zur Mitwirkung mit zwar zu gleichen Teilen aus den Reihen der Arbeitgeber und Versicherten benannten Vertreter wechseln. Die entscheidenden Senate bestehen bei Zivilsachen aus 5 Mitgliedern, von denen je ein von Arbeitgebern und Versicherten angehört.

Die Zweckmäßigkeit der Invalidenversicherung wird von niemandem, auch von den Arbeitern nicht bestritten, nur sind die Maßnahmen bei der Anerkennung von Renten recht oft nicht zu verstehen, besonders wenn man die Vermögensverhältnisse der Versicherungsanstalten betrachtet. Erst vor 2 Jahren hat wieder eine schlichtere Steigerung der Invalidenrenten eingeleitet, nachdem von 1906 an durch Verwendung zahlreicher Anträge Herabsetzung und teilweise völliger Entziehung laufender Renten die Rentenauszahlungen wesentlich zurückgeschraubt waren. Dabei befinden sich die Einnahmen der Versicherungsanstalten fortgesetzt im Steigen, so betragen sie im Jahre 1906: 214 583 183 Mk., im Jahre drauf 226 171 349 Mk. Ende 1907 waren an Gesamtvermögen der Versicherungsanstalten und der zugehörigen Kassenanstalten fast 1/2 Milliarde aufgespeichert, eine ungeheure Summe, die jede Beschränkung, das Wachsen der Rentenlasten könnte die Mittel der Versicherung gefährden, ausschließen.

Es liegt im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter, sich die Kenntnisse der Versicherungsgehalte zu verschaffen, überall mitzuwirken, wo das Gesetz es zuläßt, damit die Segnungen der Arbeiterversicherung auch denen vollständig zuteil werden, für die sie geschaffen wurde.

Dr. G. W.

### Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat Januar.)

#### Metall- und Maschinenindustrie.

In den ober-schlesischen Werken gingen die Aufträge etwas reichlicher ein, jedoch war eine andauernde Aufwärtsbewegung nicht zu verzeichnen, so daß Betriebseinschränkungen vereinzelt vorgenommen werden mußten. Teilweise wird noch hiesiger Wintermangel, vor allem auch an ausländischen Arbeitskräften geklagt. Im Gegenzuge dazu war in Nordwestdeutschland ein Ueberangebot von Arbeitskräften zu verzeichnen.

Ueber den Geschäftsgang in den Stahl- und Walzwerken berichtet der Stahlwerksverband, daß die Verbandswerke besser beschäftigt waren als im Vormonate. Der Versand von Produkten stieg sich um 50 700 Tonnen, gegen Januar 1907 um 26 137 Tonnen höher. Aus Westdeutschland wird jedoch nur vereinzelt eine gute Beschäftigung berichtet, wengleich leichte Verbesserungen gegen den Vormonat häufiger zu verzeichnen waren. Lohnermäßigungen und Festschichten kamen in beschränktem Umfang vor. Das Angebot von Arbeitskräften überstieg vielfach die Nachfrage. Zum Teil unbefriedigend, zum Teil normal war der Geschäftsgang in den schlesischen Werken, die gleichzeitig Ueberangebot von Arbeitskräften berichten. Ein Bericht aus Oberschlesien bezeichnet die Beschäftigung als sehr schlecht. Die Arbeitszeit mußte durch mehrtägige Stillstände verlürzt werden.

Aber es handelt sich heute nicht nur um unser eigenes Heil. Ich las einmal in einem alten geistlichen Buche von den „neun fremden Sünden“. Das sind alle die Sünden unseres Nächsten, an denen wir durch unsere Fahrlässigkeit schuld sind. Das, was wir durch unsere Trübsitten, durch unser gedankenloses Mitmachen, durch unsere leichtfertigen Alkoholgewohnheiten, durch unser Spielen mit Gewüssen verschulden, die tausenden unserer schwächer geborenen Mitmenschen oder ihren Kindern zum schleichenden Ruin werden, das gehört jedenfalls in erster Linie in das Gebiet der „fremden Sünden“, die uns zur Last fallen.

Ist es nicht eine einfache Forderung der Ritterlichkeit, daß wir aus unserm Leben Gewohnheiten streichen, die den Schwachen unerbittlich in den Abgrund reißen? Wieviel Ruin von Familien, wieviel Vermahrlozung einzelner kommt von der gedankenlosen Weihe des Alkohols in der „höheren Gesellschaft! Und wieviel Segen haben schon jene Männer und Frauen geschaffen, die trotz Hohn und Spott dem alkoholfreien Wein in Haus und Wirtschaft die Bahn gebrochen! Und dies alles soll uns nichts angehen? Wahrlich, ein ganz ernsthaftes Verantwortlichkeitsbewußtsein wird überhaupt stets wie ein jüngstes Gericht in unser Leben leuchten; in diesem Lichte erkennen wir dann, daß vieles, was wir als harmlos betrachteten, in Wirklichkeit uns und andere zum Verderben leitet; unsere harmlosesten Gewohnheiten enthüllen plötzlich eine ungeheure Tragweite, und was uns fern zu sein schien, wird plötzlich zu unserer nächsten Angelegenheit. Und auf Umwegen entdecken wir unerwartet, daß wir uns selbst gerettet haben, indem wir der Fürsorge für die Fernsten ein Opfer gebracht haben.

Dr. Dr. W. Förster (Süria) im „Sozialisten“.

Die Blech- und Walzwerke waren noch immer ungenügend beschäftigt.

Die Eisengießereien berichten zum größten Teil über andauernd schlechten Geschäftsgang. Infolge der ungünstigen Jahreszeit ist das Versandgeschäft erheblich ins Stocken geraten.

Die Lage in der Drahtindustrie ist im Westen gegen den Vormonat unverändert geblieben. In Oberschlesien hat die am 11. Januar abgeschlossene Preisconvention zur Stärkung der Marktlage beigetragen, was eine erhebliche Steigerung des Verkaufes, der auch über den im Januar 1908 stattgefundenen hinausging, zur Folge hatte. In der Drahtindustrie machte sich eine Belebung bemerkbar, die in den Berichten ebenfalls auf den Abschluß der Convention zurückgeführt wird.

Die Nürnberger Klein-eisenindustrie war genügend beschäftigt.

Eine Besserung gegen den Vormonat wird für die Fabrikation von Schrauben, Muttern, Nieten usw. aus Breslau gemeldet. Jedoch wurde trotzdem eine nochmalige Arbeitszeitverkürzung zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen notwendig.

Die Lage im allgemeinen Maschinenbau hat sich in Westdeutschland im allgemeinen weiter verschlechtert. Aufträge liefen spärlicher ein. Vereinzelt werden Ueberangebot von Arbeitskräften, Lohnherabsetzungen und Betriebseinschränkungen gemeldet. Nach den Berichten aus Schlesien war der Geschäftsgang im allgemeinen noch befriedigend, ebenso nach den Berichten aus Süddeutschland. Aus Mitteldeutschland lauten die Berichte verschieden, jedoch scheint eine Abschwächung allmählich einzutreten.

Die Dampfkesselfabriken und Armaturwerkstätten hatten vielfach weitere Verschlechterungen zu verzeichnen. Im Gegenzuge zum Vormonate war vielfach ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden.

Der Beschäftigungsgrad im Lokomotivbau war unbefriedigend. Ueber den Eisenbahnwagenbau lauten die Berichte sehr verschieden. Eine Reihe von Werken hatte nicht ausreichend zu tun. Schlechter als im Vormonate, teilweise unzureichend, war die Lage im Brücken- und Eisenkonstruktionsbau. Arbeitszeitverkürzungen und Ueberangebot von Arbeitskräften waren vereinzelt gemeldet.

Der Geschäftsgang der Bandwebstuhl- und Strickmaschinenfabriken war ebenso ungenügend wie im Vormonate. Nur Maschinen für die Füllfabrikation fanden guten Absatz. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften war teilweise vorhanden.

Der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen ging im allgemeinen nur in mäßigem Umfang vor sich. Teilweise traten Arbeitszeitverkürzungen ein.

Der Bergwerksmaschinenbau war schlechter beschäftigt als im Vormonate. Das Angebot von gelernten und ungelerten Arbeitskräften ist im Steigen begriffen.

In den Fabriken, die Sebezeuge und Transportanlagen herstellen, hat sich der Geschäftsgang gegen den Vormonat in den meisten Fällen nicht gebessert. Teilweise macht sich ein Rückgang fühlbar, der mit der mangelnden Lautätigkeit in Verbindung gebracht wird.

#### Elektrische Industrie.

In den Betrieben für Akkumulatoren, Dynamomaschinen und Elektromotoren trat im Januar nach der Mehrzahl der Berichte eine weitere Abschwächung ein, ebenso in den Betrieben für Isoliermaterialien und Kabelherstellung, wo teilweise ein starkes Ueberangebot von Arbeitskräften zu verzeichnen war.

Eine teilweise Verschlechterung gegen den Vormonat wird für die Fabrikation elektrischer Beleuchtungsartikel berichtet.

Die Betriebe für elektro-medizinische Apparate waren nach einem Bericht aus Bayern, wie im Monate Dezember, befriedigend mit Aufträgen versehen.

Die Lage in den Telephon- und Telegraphenwerken war nach einem Bericht aus einem Betrieb aus Groß-Berlin bei reichlich vorhandenen Arbeitskräften schlechter als im Vormonate, wobei die Arbeitszeit in einem Teile des Betriebs verkürzt werden mußte. Nach einem anderen Bericht aus Groß-Berlin trat hingegen in der zufriedenstellenden Lage keine Veränderung ein.

Die Fabrikation elektrischer und galvanischer Kohlen war nach einem Bericht aus Bayern immer noch gut beschäftigt, wengleich sich ein Absinken der Nachfrage bemerkbar machte. Es herrscht immer noch ein Ueberangebot von Arbeitskräften. (Reichsarbeitsblatt.)

#### Berufszählungsergebnisse.

Der Reichsanzeiger veröffentlichte am Mittwoch, den 10. Februar cr., in sechs Tabellen die Ergebnisse der Berufszählung für das Deutsche Reich vom 12. Juni 1907. Danach beträgt die Zahl der Erwerbstatigen, Dienenden, Angehörigen und der Berufsangehörigen überhaupt nach den sechs Berufsabteilungen:

Berufsabteilungen	Erwerbstatige	Dienende	Angehörige	Berufsangehörige überhaupt
A. Landwirtschaft, Gärtnerei, u. Tierzucht, Forstwirtschaft, u. Fischerei	9 863 357	173 829	7 634 090	17 661 176
B. Industrie, einschließlich Bergbau und Baugewerbe	11 256 254	331 756	14 798 527	26 386 537
C. Handel und Verkehr, einschließlich Gast- u. Schankwirtschaft	3 477 626	342 955	1 457 658	5 278 239
D. Häusl. Dienste einchl. persönliche Bedienung, auch Lohnarbeit einschließlich Art	471 695	1 226	319 827	792 749
E. Militär, Hof-, bürgerlicher und kirchlicher Dienst, auch sogenannte freie Berufsarten	1 738 530	223 388	1 445 208	3 407 126
F. Ohne Beruf u. Berufsangabe	3 404 983	261 601	1 568 119	5 174 703
Zusammen: 1907	30 232 345	1 264 755	30 223 429	61 720 529
1895	22 913 691	1 339 218	27 517 275	61 770 284
1882	18 986 464	1 324 924	24 910 695	45 222 113

Auf je 100 Erwerbstatige, Dienende, Angehörige und Berufsangehörige entfielen auf die einzelnen Berufsabteilungen in den Jahren 1907, 1895 und 1882:

Berufsabteilungen	Erwerbstatige			Dienende		
	1907	1895	1882	1907	1895	1882
A	32,66	36,19	43,38	12,95	27,98	32,07
B	37,23	36,14	33,69	26,23	23,90	21,84
C	11,51	10,21	8,27	27,12	21,20	22,30
D	1,56	1,89	2,10	0,10	0,10	0,16
E	5,75	6,22	5,43	17,66	14,27	13,42
F	11,26	9,35	7,13	15,04	12,55	20,91

Berufsabteilungen	Angehörige			Berufsangehörige		
	1907	1895	1882	1907	1895	1882
A	25,26	35,74	42,41	28,66	35,74	42,51
B	48,96	42,34	37,57	42,75	39,12	35,51
C	14,75	12,15	10,70	14,41	11,52	10,02
D	1,06	1,65	2,16	1,28	1,71	2,7
E	4,78	4,43	4,12	5,52	5,48	4,92
F	5,19	3,69	3,04	8,39	6,43	4,97

Ein Vergleich der Zahl der Erwerbstatigen der Berufsabteilungen A bis C, der Dienenden, Angehörigen und berufslosen Selbständigen nach dem Geschlecht mit den entsprechenden Zahlen des Jahres 1895 und 1882 ergibt folgendes Bild:

	a) Gesamtbevölkerung:					
	im Jahre 1907		im Jahre 1895		im Jahre 1882	
	absolut	% der Bev.	absolut	% der Bev.	absolut	% der Bev.
1. Erwerbstat. d. Berufsabt. A-E	26 828 742	43,46	0 771 090	40,12	17 632 068	33,98
2. Dienende	1 264 755	2,05	1 339 218	2,79	1 324 924	2,93
3. Angehör. 30 223 429	48,97	27 517 275	43,15	24 910 695	55,08	
4. Berufslos. Selbst.	8 404 983	5,52	2 142 601	4,14	1 354 486	3,00
Zusammen	61 726 529	100	61 770 284	100	45 222 113	100

	b) Männliche Bevölkerung:					
	im Jahre 1907		im Jahre 1895		im Jahre 1882	
	absolut	% der Bev.	absolut	% der Bev.	absolut	% der Bev.
1. Erwerbstat. d. Berufsabt. A-E	18 573 864	61,06	15 506 682	61,03	13 372 907	60,38
2. Dienende	1 372	0,05	2 354	0,10	42 510	2,93
3. Angehör. 16 249 088	33,65	8 850 051	34,83	8 082 973	36,49	
4. Berufslos. Selbst.	1 12 776	5,29	1 027 152	4,74	652 341	2,94
Zusammen	30 461 100	100	25 409 139	100	22 150 749	100

	c) Weibliche Bevölkerung:					
	im Jahre 1907		im Jahre 1895		im Jahre 1882	
	absolut	% der Bev.	absolut	% der Bev.	absolut	% der Bev.
1. Erwerbstat. d. Berufsabt. A-E	8 243 49	26,37	5 261 408	19,97	4 259 163	18,48
2. Dienende	1 249 383	4,00	1 313 854	4,99	1 282 412	5,56
3. Angehör. 19 974 341	63,96	13 657 214	70,61	16 827 722	72,94	
4. Berufslos. Selbst.	1 792 207	5,73	1 115 549	4,04	702 125	3,04
Zusammen	31 259 429	100	26 361 123	100	23 071 864	100

Aus diesen Veröffentlichungen ist ersichtlich, schreibt die „Allg. Ztg.“, daß die Bevölkerung Deutschlands also gesiegen ist von 45 222 113 im Jahre 1882 und 61 770 284 im Jahre 1895 auf 61 720 529 im Jahre 1907. Seit der letzten Berufszählung sind die Berufsangehörigen zur Landwirtschaft (Gärtnerei und Tierzucht) heruntergegangen von 40,40 auf 32,92 Prozent, dagegen haben sie im Berg- und Hüttenbau zugenommen von 4,13 auf 5,70 Prozent (d. i. eine Zunahme um 40 Prozent); in der Maschinenindustrie haben sich die Berufsangehörigen vermehrt von 2,33 auf 4,28 Prozent (also fast um 100 Prozent), in der Metallverarbeitung von 4,81 auf 5,40 Prozent. In der Textilindustrie hat die absolute Zahl der Berufsangehörigen zwar zugenommen, doch ist die Verhältniszahl gefallen von 4,25 auf 3,71 Prozent. Im Bauwesen ist die Zahl

Der Berufsbearbeiter gestiegen von 8,29 auf 9,27 Prozent, im Handwerksberufe von 6,57 auf 7,12 Prozent, im Verkehrsgewerbe von 4,48 auf 6,03 Prozent, im Gastwirtsberufe von 2,14 auf 2,38 Prozent. Die Berufslosen, darunter hauptsächlich Rentner und Schüler zu verstehen sind, sind gewachsen von 4,14 auf 5,53 Prozent. Die Zahl der Angehörigen hat sich vermindert von 53,15 auf 48,97 Prozent, woraus zu ersehen, daß das Volk im ganzen tätig geworden ist. Die erwerbstätige weibliche Bevölkerung vollends hat zugenommen von 19,97 auf 26,37 Prozent, also um 7 Prozent, demzufolge hat sich die Zahl der weiblichen Angehörigen vermindert von 70,81 auf 63,90 Prozent.

### Gewerkschaftliches.

#### Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung in Belgien.

Die christliche Bewegung in Belgien marschiert unerschrocken. Die dem belgischen Wesen eigentümliche Beharrlichkeit läßt einen Stillstand nicht zu. Wenn dieses Wesen bekannt ist, der weiß, wie da ein wohlgemeinter, ruhiger Appell an das Ehrgefühl, den Mut und die Geduld einzuschlagen vermag. Die Agitation kann immer wieder dort einsehen. Sie tut's denn auch, in Besuche und Versammlung und andauernder Kleinarbeit. Der Erfolg gibt stets neue Anregung.

Als einen sehr beachtenswerten Erfolg betrachten wir die am 17. Dezember zu Gent erfolgte Gründung der Landeszentrale, des „Verbandes der christlichen Berufsvereinigungen Belgiens“. Man könnte diese Gründung zwar lediglich als Ausführung der auf der kürzlich in Brüssel gehaltenen Beschlüsse registrieren; in dem Maße aber die Bedeutung derselben keineswegs während Rechnung getragen. Uns ist die Gründung eher als eine bloße Formalität: wir erblicken in ihr einen bedeutsamen Sieg des Prinzips der Zentralisation. Dieses Prinzip läßt gerade in Belgien auf eine Reihe von Schwierigkeiten, die nur aus der geringeren Kenntnis der belgischen Gewerkschaftsgeschichte verständlich werden. Tatsache ist jedenfalls, daß vor kurzer Zeit eine übermäßige Wertschätzung der Zentralorganisationen den auf die Zentralisation gerichteten Bestrebungen kaum überwindliche Schwierigkeiten bereitet.

Nunmehr haben die weiterblickenden Führer entschlossen den Schritt getan, der der belgischen christlichen Gewerkschaftsbewegung die wünschenswerte Stoßkraft garantiert. Eine lebhaft propaganda zugunsten der Zentralisation leitete die Neugründung ein. Und als sie am 17. Dezember erfolgte, hatten die Führer die Unterstützung, in einigen wichtigeren Industrien bereits Zentralorganisationen vor sich zu haben. Einem Gesamtverband als fest gestütztes Fundament dienen geeignet sind.

In den Satzungen der geschaffenen Zentralstelle ist die Herausgabe einer Monatschrift (ähnlich wie der Zentralblatt) vorgesehen, deren erste Nummer schon erschienen ist. Nach dem Geleitwort des unermüdbaren Nutten ist als Lesestoff in Aussicht genommen: die Beschlüsse des Vorstandes des Gesamtverbandes; die Berichte über die Versammlungen der Beamten und Arbeiter; eine Uebersicht über wichtige Vorkommnisse innerhalb jedes einzelnen der angeschlossenen Verbände; desgleichen eine Skizzierung des Entwicklungsganges der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Auslande; Informationen über die industrielle Lage; Berichte über die soziale Gesetzgebung usw.

Ein reichhaltiges Programm! „So aufgefakt und gearbeitet wird die Zeitschrift ein wahrer Wegweiser und tonangebend für die Bewegung“. Eine Reihe tüchtiger Kräfte mit klarem Blick und sicherer Hand betätigt zu der Hoffnung, daß unsere belgischen Freunde nicht zuviel zugewartet. Hoffentlich wird in Erfüllung gehen, was der Geleitgeber ausführt: „Wir selbst sind der Ueberzeugung durchdrungen, daß diese Monatsblätter die Leses- und Lernbegierde derart entwickeln werden, daß man sich danach sehnen wird, allwöchentlich die soziale Zeitschrift zu erhalten.“

Wir geben unsere besten Wünsche zum Geleite!

#### Nachmals Fachabteilungs-Konsequenz.

Der Berliner „Arbeiter“ antwortet in seiner Nr. 1 auf den Artikel „Fachabteilungs-Konsequenz“ in 8 unseres Organs, worin wir die sonderbare Haltung der Fachabteiler bezüglich des Wieser'schen Referats über den Hüttenarbeiterstreik festgenagelt hatten. Wir empfinden sogar „große Freude“ und ist uns dankbar, auf unsere Veranlassung hin das Veräumnis nachzutragen zu können. Er gesteht nun offen ein, daß der Artikel im Organ der Fachabteilungen dem Referat des Kollegen Wieser auf dem Berliner Arbeiterkongress entnommen ist. „Wenn die Quellenangabe nicht, schreibt der „Arbeiter“, so lag das lediglich daran, daß wir keine Kenntnis davon hatten, daß

dieser Artikel, der uns von einem Hüttenarbeiter zugeht, der Rede des Herrn Wieser entnommen war.“

Soweit ganz recht! Es kann schließlich jeder Redaktion passieren, von einem abschreibenden Mitarbeiter hineingelegt zu werden. Für die Redaktion des „Arbeiter“ mag das auch als Entschuldigung gelten, für den betr. Abschreiber nicht, aber nicht, der dem Artikel auch noch ein irreführendes Originalmännchen umzuhängen verstand. — Das ist aber nicht der Grund, weshalb wir nochmals auf die Sache zurückkommen, sondern die weitere Behauptung des „Arbeiter“, es sei direkt un wahr, daß er in seiner Kritik des Referats von Wieser diesem Uebertreibungen vorgeworfen hätte, nötigt uns zu einer Erwiderung. Es wäre gut gewesen, meint der „Arbeiter“, wenn wir die betr. Stellen angeführt hätten. — Das war wieder sehr unvorsichtig von der Redaktion des „Arbeiter“, die doch nur den eigenen Zeitartikel in Nr. 44 vom 3. November 1907 nachzulesen braucht, um unsere Angaben bestätigt zu finden. Dort wibmet der „Arbeiter“ über eine Spalte dem Referat Wieser's; davon ist aber nur der erste und letzte Satz, im ganzen 13 Zeilen — die der „Arbeiter“ jetzt auch sein länderlich als Gegenbeweis herausgreift und zitiert — objektiv und in zustimmendem Sinne gehalten, während eine volle Spalte, 88 Zeilen, zu einer höchst abfälligen Kritik verwendet werden. Zum Beweis dafür, daß wir nicht zuviel gesagt haben, lassen wir nur einige Stellen dieser Kritik folgen. Da heißt es:

Wenn wir auch keine Veranlassung haben, die oberflächlichen Zustände als besonders wüßig hinzustellen, so will uns doch scheinen, daß aus einzelnen Erscheinungen, namentlich auf dem Gebiete der Arbeiterbewegungen, in Ober-Schlesien nicht immer zutreffende allgemeine Schlüsse gezogen wurden. Es schien auch, als ob der Teil des Referats, der sich mit Ober-Schlesien befaßte, mehr agitatorisch als wie sachliche Motive entworfen war. Es liegt uns fern, gewisse Uebelstände in Ober-Schlesien in Worte zu stellen, die Schilderung des Herrn Wieser halten wir aber aus eigenster Kenntnis für übertrieben. (Im „Arbeiter“ ist hier nur das Wort „übertrieben“ gesperrt. Red. d. Ztg.) Jedenfalls fehlt Herrn Wieser jedes Verständnis für ober-schlesische Verhältnisse. So nimmt er z. B. daran Anstoß, daß Frauen und Kinder barfuß herumlaufen. Darin einen Beweis eines wirtschaftlichen oder gar kulturellen Rückschlusses zu erblicken, hätten wir geradezu für lächerlich gehalten.

Wir meinen, daß Herr Wieser sein Urteil auf Neußerlichkeiten aufbaute, was auch nicht zu verwundern ist, da seine Kenntnis der schlesischen Verhältnisse lediglich auf Berichten seiner Freunde, die möglicherweise auf agitatorischen Zwecken zugeschnitten sind, oder höchstens auf einer gelegentlichen kurzen Durchsicht durch jenes Gebiet beruht.

In dieser Tonart und gleichem Sinne geht's die ganze Spalte hindurch. Zur richtigen Einschätzung der „Berliner“ Kritik mag das genügen. Und da hat der „Berliner“ Arbeiter jetzt auch noch die edle Dreistigkeit und bezeichnet es als „direkt un wahr“, daß er Wieser den Vorwurf der Uebertreibung gemacht habe. Wahrhaftig! Ein klassisches Beispiel für die Polemik des „Arbeiter“. Das Urteil darüber, wo die Wahrheit liegt, können wir getrost dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen.

Wenn die Kritik des „Arbeiter“ in einem Unternehmernorgan geblieben hätte, so würde das begreiflich gewesen sein und niemanden aufgeregt haben; aber in einem „Arbeiter“-Blatt, dessen Organisation auch noch selbst am Kongress beteiligt war, mußte diese Haltung empörend wirken und bleibt ein Brandmal für die Fachabteilungsrichtung. Wiederholt wird dem Kollegen Wieser Unkenntnis der schlesischen Verhältnisse vorgeworfen. Aber nicht eine einzige der von Wieser gemachten Angaben kann der „Arbeiter“ entkräften, er hat es nicht einmal versucht, weder bezüglich der Löhne, der Arbeitszeit, Behandlung, noch der Wohnungs- oder sonstigen Lebensverhältnisse der ober-schlesischen Arbeiter. Die in dem Referat enthaltenen Angaben, auch die Einzelsätze, beruhen auf unwiderlegbaren Tatsachen, die dem Kollegen Wieser auf Grund von Erhebungen und persönlichen Beobachtungen als solche bekannt waren. Dazu bedarf es auch keiner jahrelangen Anwesenheit in dem betr. Bezirk. Das dürfte doch auch den Herren vom Berliner „Arbeiter“ einleuchten.

Im übrigen begrüßen wir es, wenn der „Arbeiter“ aber jetzt anscheinend das verkehrte seiner damaligen Stellungnahme einzieht und sich sogar freut, sein „bölliges Einverständnis mit Herrn Wieser in dieser Frage“ konstatieren zu können. Noch erzwungener wäre es, wenn diese bessere Erkenntnis weitere Fortschritte machen und auch praktisch zum Ausdruck kommen würde. Die ganze Polemik zwischen uns und den Fachabteilungen ist auch uns wahrlich kein Vergnügen. Sie wäre auch vollständig überflüssig, wenn die „Berliner“ den bedauerlichen Keim nicht in die christliche Arbeitererschaft hineingetrieben hätten.

#### Die sozialdem. „Metallarbeiterzeitung“

Bejaßt sich in ihrer letzten Nummer wieder in vier Nummern mit den bösen Christlichen. Ihr schimpflicher Angriff auf den Hüttenarbeiterstreik ist am Ende seines Patens angelangt und muß schon eine Umkehr in immermann's „Mündchen“ machen, um seinen frechen Verleumdungsgeiz mit einigen faulen Wörtern zu bedecken. Wir wollen den

verleumdungsjüchtigen Schimpfbortruosen laufen lassen und zum Schluß nur die Tatsache festhalten, daß das sozialdemokratische Verbandsorgan selbst die erlassene Bundesratsverordnung zu einem an den Gaaren herbeigezogenen Verleumdungsfeldzug gegen den christlichen Metallarbeiterverband mißbraucht hat. Als wir diese verwerfliche Stumpfschwanz dann brandmarkten und die Verdächtigungen unserer Organisation zurückwiesen, wußte man nur mit einer maßlosen Schimpffarade darauf zu reagieren. Das sozialdemokratische Organ hat damit aber nur die Gegensätze unter den Arbeitern verschärft und den Scharmachern einen Dienst erwiesen.

In einer Korrespondenz aus Eslingen wird sodann der bekannte Terrorismusfall, resp. die Bestrafung des Genossen Wüst in der einseitigsten Weise behandelt. Die Gewalttätigkeiten des p. Wüst werden nicht etwa verurteilt, sondern nur beschönigt und ausdrücklich entschuldigt. Damit bleibt das sozialdemokratische Blatt seiner bisherigen Erziehungsmethode treu, d. h. es leugnet, beschönigt und entschuldigt den Terrorismus und ermuntert dadurch indirekt die rohiaten Elemente in jenen Reihen zu weiteren Heldentaten. Das ist das Verwerflichste an der ganzen Geschichte und wird sich einmal an den „Erziehern“ selbst schwer rächen, wie es ja tatsächlich schon in mehreren Fällen geschehen ist.

Wenn nun in dem Artikel aus der niederen Strafe des p. Wüst (25 Mk. und Tragung der Kosten) besondere Schlussfolgerungen gezogen werden, so war diese Freude und Genugtuung doch etwas verfrüht, da gegen das Urteil Berufung eingelegt ist. Es muß jetzt einmal abgewartet werden, ob der schlagfertige Genosse Wüst in zweiter Instanz wieder solche gnädige Richter finden wird.

Um Mache an den Christlichen zu nehmen, haben die berüchtigt gewordenen Genossen Wüst und Frech — jedenfalls auf Drängen ihrer Beschützer und Hintermänner — gegen den verantwortlichen Redakteur unserer Verbandszeitung Privatbeleidigungsklage angestrengt. Sind das empfindliche Leute! Ein Mann wie Wüst, der einen ergrauten, ziska 60 Jahre alten Arbeiter schikaniert, beschimpft und schließlich tätlich mißhandelt, fühlt sich gleich in seiner Ehre gekränkt und läuft zum Stadt, wenn seine Handlungsmasse als das bezwungen wird, was sie in Wirklichkeit ist. Das ist wirklich tödlich und zur Verurteilung dieser Genossen beizutreten. Unser verantwortlicher Redakteur kann allerdings dem Ausgang dieses mehr wie komischen Beleidigungsprozesses getrost entgegensehen; für die Kläger wird auf keinem Fall ein Lorbeerkranz dabei zu hoffen sein. Falls sie sich von ihren Hintermännern die Prozesskosten nicht haben garantieren lassen, könnte ihnen die Geschichte vielleicht noch teuer zu stehen kommen.

Für die ganze sozialdemokratische Gewerkschaftsrichtung aber ist es eine Schmach, daß sie mit den verwerflichen Mitteln der Chikane und des Terrorismus den Kampf gegen anders denkende Arbeitsskollegen führt, um die Gegenorganisation zu kränken und in ihrem Fortkommen zu hindern. Stärkung unserer christlichen Gewerkschaften ist und bleibt die beste Antwort auf diese Machinationen.

#### Ein entlarvter Wahlschwindel.

Aus Schw. Gmünd wird folgendes Heldenstückchen eines sozialdemokratischen Führers berichtet: Kurz vor dem im November vor. J. getätigten sozialen Wahlen, die bekanntlich den hiesigen Genossen eine empfindliche Niederlage brachten, erschien in der „Gmünder Zeitung“ im Anzeigenteil eine Notiz, dessen Inhalt von Beleidigungen und Unwahrheiten über einen unserer aufgestellten Kandidaten zur Gewerbegerichtswahl sprach. Unterschrieben war diese Notiz mit: „Mehrere christliche Arbeiter, die es ernst mit ihrem Glauben nehmen“. Der fragliche Kollege strengte hierauf gegen genannte Zeitung Klage an. Beim Eühneversuch stellte sich heraus, daß als Einsender und Verfasser eine hiesige sozialdemokratische Größe in Betracht kommt. Der Name ist Bernhard Knöbler, zurzeit noch Krankenkasenvorstand. Da Herr Knöbler beim Eühneversuch auf eine öffentliche Zurücknahme der Beleidigungen nicht einging, vielmehr stolz wie ein Spanier erklärte: „Ich trete den Wahrheitsbeweis an“, blieb dem beleidigten Kollegen nichts anderes übrig, als die Sache gerichtlich zum Austrag zu bringen. Der Beklagte glaubte durch Ladung eines umfangreichen Zeugenapparates den Wahrheitsbeweis anzutreten. Jedoch mißlang dies vollständig. Keiner der Zeugen konnte in seinen Aussagen etwas vorbringen, das unsern Kollegen irgendwie belastete. Es mußte sich deshalb der „Genossenführer“, alias „christlicher Arbeiter“, der es mit seinem Glauben ernst nimmt“, dazu bequemen, 1. eine öffentliche Abbitte in beiden Tageszeitungen zu bringen und 2. die erheblichen Gerichtskosten, einschließlich die des Klägers, zu bezahlen. Hoffentlich begehren unsere Genossen jetzt bald, daß man nicht ungestraft die Ehre eines Nebenmenschen besudeln darf. Die Deffentlichkeit erzieht aus diesem entlarvten Schwindel aber auch, von welcher Sorte jene angeblichen „christlichen Arbeiter“ sind, die bei den Wahlen und ähnlichen Angelegenheiten in der gegenwärtigen Reihe auftauchen, und gegen die christlichen Organisationen Sturm zu laufen.

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 7. März 1909 der zehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 14. März fällig.

Die Ortsgruppe Augsburg erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Wochenbeitrages von 70 Pfg.

Die Ortsgruppe Dessau zur Erhebung eines wöchentlichen Ortsbeitrages von 5 Pfg.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Siegen.** Unsere am 14. Februar stattgefundene Generalversammlung war nur mäßig besucht, trotzdem die Kollegen brieflich zu derselben eingeladen waren. Wenn auch dieser schwache Besuch zum Teil auf den Umstand zurückzuführen ist, daß mehrere Kollegen an dem um dieselbe Zeit stattgefundenem Jahresfest des evangelischen Arbeitervereins teilnehmen, so dürften andererseits auch viele Kollegen der Versammlung ferngeblieben sein, ohne irgendwelchen zwingenden Grund dafür zu haben, was unbedingt getadelt werden muß.

Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht geht hervor, daß im verfloffenen Jahre der Vorstand bemüht gewesen ist, seinen Aufgaben gerecht zu werden. Leider haben es die Mitglieder vielfach an der nötigen Unterstützung fehlen lassen. Das geht schon daraus hervor, daß die Mitgliederversammlungen durchweg nur mäßig besucht waren. Auch der Besuch der Bezirks- und Vertrauensmännerkassen ist zum Teil noch viel zu wünschen übrig. Daß unter diesen Umständen nicht das geleistet worden ist, was hätte geleistet werden können, ist erklärlich.

Der hierauf vom Kassierer erstattete Kassenericht ergibt folgendes Bild: Die Gesamteinnahme für die Verbandskasse betrug 2116,50 Mk. Die Gesamtausgabe war 599,91 Mk. Der verbleibende Rest von 1516,59 Mk. wurde an die Hauptkasse gesandt. In die Bezirkskasse wurden 244,28 Mk. abgeführt. Die Lokalkasse hatte eine Gesamteinnahme von 559,07 Mk. Die Ausgaben betrugen 539,16 Mk., so daß am Schluß des Berichtsjahres ein Kassensaldo von 19,91 Mk. in der Lokalkasse vorhanden war.

In der nun folgenden Diskussion brachten die Kollegen ihre Meinung übereinstimmend dahin zum Ausdruck, daß der Versammlungsbefuch im neuen Jahre entschieden ein besserer werden müsse. Andererseits wurde auch betont, daß der Vorstand alles tun müsse, um die Versammlungen anregend zu gestalten. Kollege Gierh meinte, daß viele unserer Kollegen in Siegen der Ansicht halbtigten, nachdem wieder eine freigestellte Kraft in Siegen stationiert sei, nun die Mitarbeit der Kollegen nicht mehr erforderlich wäre, und man glaube schon genug geleistet zu haben, wenn man die Beiträge bezahle. Da befänden sich diese Kollegen aber im Irrtum. Abgesehen davon, daß auch eine freigestellte Kraft nicht viel erreichen könne, wenn die Kollegen nicht mitarbeiteten, sei er auch nicht allein für Siegen, sondern für einen großen Bezirk angestellt, und könne seine Tätigkeit aus diesem Grunde auch nicht ausschließlich einer Ortsgruppe widmen. Wenn wir vorwärts kommen wollten, müßten die Kollegen sich mehr wie bisher betätigen.

Die Wahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner ergab, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Wiederwahl der bisher im Vorstände und als Vertrauensmänner tätigen Kollegen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils ergriff Kollege Gierh nochmals das Wort und gab in längeren Ausführungen noch mancherlei Winke für unsere zukünftige Arbeit. Besonders betonte er, daß es sich jeder einzelne Kollege zur Pflicht machen müsse, überall, wo es auch sei, für unsere Sache einzutreten, und zum mindesten regelmäßig die Mitgliederversammlungen zu besuchen und unser Organ zu studieren. Nachdem dann der Vorsitzende, Kollege Kacher, noch einige ermunternde Worte an die Kollegen gerichtet und diese aufgefordert hatte, ummehrer fleißig an dem weiteren Ausbau unserer Ortsgruppe mitzuarbeiten, wurde die Generalversammlung von ihm geschlossen.

**Müncheneroth (Bröhlthal).** Seit Gründung unserer Ortsgruppe sind nun anderthalb Jahre verfloßen. Nur einmal in dieser Zeit, als auf verschiedenen Werken mehrere Kollegen gemeldet wurden, haben wir uns im Verbandsorgan bemerkbar gemacht. Im übrigen hat unsere Zahlstelle wie ein Blümchen im Verborgenen ihr Dasein geleistet. Diese Zurückhaltung wollen wir nun ablegen und den übrigen Verbandskollegen zeigen, daß trotz aller Verstecken und offener Gegner, die uns die Organisation unmöglich zu machen suchen, aber hier im schönen Bröhlthal doch noch christliche Arbeiter sind, die den Gewerkschaftsgedanken erfährt haben und hochhalten. In unserem abgelegenen, an Naturschönheiten aber reichen Tälehen ist die Industrie nur schwach vertreten. Wenn die gute Jahreszeit vorüber, die wundervolle Poesie und Schönheit der Natur vom rauhen Winter verdrängt wird, dann beschleicht eine gewisse Jähgaltigkeit die Arbeiterchaft. Das war in diesem Winter infolge der schlechten Wirtschaftslage in verstärktem Maße der Fall und hat auch unsere Organisationsarbeit gehemmt. Nur zwei neue Kollegen haben wir bei unserer bisherigen Winteragitation gewinnen können. Das soll uns aber nicht abhalten, wird uns im Gegenteil anspornen, die Agitation mit allen Kräften weiter zu betreiben. Im anrückenden Frühjahr, wenn die Sonne die Natur zu neuem Leben weckt, wenn alles blüht und grünt, dann kehrt auch wieder Lebensmut und Tatendrang bei den Arbeitern ein, und dann wollen wir auf dem Plan sein, um die neuerwachte Energie für die Organisation nutzbar zu machen.

Das waren die allgemeinen Gesichtspunkte in dem Jahresbericht unserer Generalversammlung am 7. Februar, die von kampfesfrohem Geist durchweht und beherrscht war. Die Kollegen von Ober-Dreißbach und Marienheide hatten

den weiten stundenlangen Weg nicht gescheut, um an der Generalversammlung teilnehmen zu können. (Daran könnten sich manche Kollegen in den Städten ein Vorbild nehmen, denen oft 10 bis 20 oder 30 Minuten zu weit sind, und die aus weichtlicher Bequemlichkeit zum regelmäßigen Versammlungsbefuch zurückbleiben.) Der Jahresbericht des Vorsitzenden wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Aus dem Kassenericht war zu ersehen, daß unsere Zahlstelle auch in finanzieller Beziehung auf dem Vormarsch begriffen ist. Eine Anzahl Kollegen haben den Nutzen des Verbandes auch schon in Gestalt von Unterstützungen praktisch erproben können. Denn wir sind hier stark von der Krise betroffen. Wohl in wenigen Bezirken werden die Folgen der Krise so einseitig auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt wie hier. Im Hinblick auf diese schlechte Lage wurde auch von dem Beschluß eines obligatorischen Vorkaufbeitrages vorkäuflich abgesehen, es aber jedem Kollegen ans Herz gelegt, nach seinem Können einen freiwilligen Beitrag für die Vorkaufkasse zu entrichten.

Hierauf hielt der Vorsitzende einen lehrreichen Vortrag über Wesen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, der mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. (Daß wir uns so schon selbst helfen können, ist eine Frucht des Unterrichtsfachens, dessen Leiter wir herzlich dankbar ausgesprochen.) Die aus der Neuwahl des Vorstandes hervorgegangenen Kollegen werden alle verfügbare Kraft daran setzen, unsere Gruppe nach innen und außen auszubauen. Die Kollegen aber müssen alle dabei mithelfen. So wird aus dem kleinen Samenkorn hier im Bröhlthal ein starker Baum werden, der allen Stärmen von rechts und links zu trohen imstande ist.

**Königsfeld.** Der Geschäftsbericht in unserer diesjährigen Generalversammlung konnte einen wesentlichen Aufschwung unserer Ortsgruppe im vergangenen Jahre konstatieren. Wenn auch im 4. Quartal infolge Beitrags-erhöhung und Wirtschaftskrisse eine kleine Stagnation eintrat, so haben wir dies aber durch eine Anzahl Neuaufnahmen in diesem Quartal schon wieder wett gemacht. Mitgliederversammlungen fanden 5 statt. Dabei ist zu erwähnen, daß unsere Zahlstelle erst in der zweiten Jahreshälfte gegründet wurde. In jeder Versammlung wurde ein Besprechungsbericht gehalten. Vorstandssitzungen fanden 3 statt, zu denen auch die eifrigen Mitglieder zugezogen waren. Es ist zu beanstanden, daß manche Kollegen die Versammlungen vernachlässigten, wie denn auch mehrere in der Generalversammlung durch Abwesenheit blühten. Hoffentlich werden sich diese Stümper bald bessern.

Aus dem Kassenericht ist zu entnehmen, daß die Einnahmen 261,- Mk. betrugen. Davon wurden 226,59 Mk. an die Zentrale abgeandt, an die Bezirkskasse 19,- Mk. — Nach einer auernehmenden Diskussion wurde die Vorstandswahl getätigt, die eine Wiederwahl der bisherigen Kollegen ergab.

Bezirksleiter Kollege Schünmer (Rattowitz) hielt hierauf einen mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Vortrag über Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder. Er ermahnte am Schluß die Kollegen zum eifrigen und treuen Zusammenarbeiten. Nicht als Unterstützungsstelle, sondern als berufliche Interessen- und Standesbewegung solle und müsse jeder Arbeiter die Gewerkschaftsbewegung betrachten und demgemäß handeln.

Hoffentlich beherzigen die Kollegen diese Worte, insbesondere auch die Hinweise betreffs der zukünftigen Agitation. Jeder Kollege soll sich für die Weiterentwicklung des Verbandes resp. seiner Ortsgruppe verantwortlich fühlen und nach besten Kräften mitarbeiten, dann werden wir auch in Königsfeld vorwärts kommen.

**Offenbach.** Zahlreich hatten sich am 12. Februar d. J. unsere Kollegen eingefunden, aber diesmal nicht, um Beratungen zu pflegen, sondern es galt unfrem alten treuen Kollegen, dem Former August Siedler, die letzte Ehre zu erweisen. Durch dessen Tod hat die hiesige Ortsgruppe einen Verlust erlitten, den wir alle tief beklagen. War er doch einer derjenigen Kollegen, der immer, wenn es galt, unsere Sache zu verteidigen oder zu fördern, im Vordertreffen zu finden war. Trotz seines Alters und der Schwere seines Berufes besuchte er alle Versammlungen und nahm lebendigen Anteil an der Förderung unserer Sache. Ebenso fehlte er bei keiner Kartellsitzung, wo er jahrelang einer unserer Vertreter war. Ganz besonders ist ihm ein hoch anzurechnen: Als nach der letzten Formerbewegung in der Werkstätte, wo er arbeitete, alle seine Mitarbeiter (über 20), die vorher teils sehr eifrige Genossen und Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes waren, durch einen fanften Druck des Meisters zu den „Gelben“ übertraten, da blieb er allein standhaft und unserer Fahne treu. Nichts konnte ihn bewegen, seine Gesinnung zu ändern, und selbst indirekte Nachteile, die er zu tragen hatte, konnten ihn nicht wankend machen. Er war noch der einzige Organisierte in der Werkstätte, und dennoch verschaffte er sich Geltung, denn er war auch ein Kollege von seltener Geistesstärke und Bildung. Aber nicht nur, daß er sich in der Arbeiterbewegung bei uns betätigte, er sorgte auch dafür, daß seine Söhne zu überzeugten Gewerkschaftlern herangebildet wurden.

In seinem Grabe widmete ihm unser Bezirksleiter einen ehrenden Nachruf, der mit den Worten begann: Wir haben jetzt einen braven Mann zu Grabe getragen — uns war er mehr. Er schilderte kurz den Lebensgang und betonte dabei, wie sich der verstorbenen Kollege als Arbeiter und Berufskollege in allen Dingen betätigt habe. Ganz besonders hob er aber hervor, wie er als christlicher Arbeiter jederzeit ein Beispiel für die jüngere Generation gewesen sei. Möge dieses Beispiel auch auf andere Einfluß ausüben, die noch aus Menschenfurcht dem christlichen Metallarbeiterverbande fernstehen. Wir aber, die ihn gekannt, wollen ihm jederzeit ein dankbares Andenken bewahren. Er ruhe in Frieden. G. Sch.

**Freising.** Am 14. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Nachschäfts- und Kassenericht ließen deutlich erkennen, daß die Leitung der Zahlstelle mit viel Fleiß gearbeitet hat. Die Neuwahlen brachten eine kleine Veränderung; an Stelle des Kollegen Hempfer wurde nämlich Kollege Diebl zum Kassierer gewählt. Der bisherigen Leitung, besonders auch dem scheidenden Kassierer wurde der beste Dank für ihre Mithewaltung ausgesprochen.

Das kommende Jahr wird reich an Arbeiten sein müssen, das beweisen die vielen Mängel in den Werkstätten, die in der Diskussion besprochen wurden. Das Strafgelebensystem der Firma Steininger treibt sonderliche Blüten. Puldtigt jemand dem Grundsatz: „Wenn ich Mund und Augen haben, muß die Nase auch was haben“, so darf er sich nicht dabei erweichen lassen, sonst kostet's 70 Pf. Strafe. Für einen zerbrochenen Gewindebohrer werden 3 Mk. abgezogen usw.

Nicht eher werden solche Zustände schwinden, bis sich die Kollegen zusammenschließen in der Organisation, um durch dieselbe derartige Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Agitation unter den Unorganisierten sei darum die Parole des neuen Jahres.

**München.** Unsere Ortsgruppe hielt am 14. Februar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Rauch, gab den Nachschäftsbericht und schilderte kurz die wichtigsten Vorgänge des verfloffenen Jahres. Von Monat zu Monat sei die Arbeitsgelegenheit in München zurückgegangen, und Betriebe, die im Anfang des Jahres noch gut beschäftigt waren, nahmen gegen Ende des Jahres größere Arbeiterentlassungen vor. Bei der am 29. Dezember veranstalteten Arbeitslorenzählung wurden 8082 Arbeitslose ermittelt, davon waren 1024 Metallarbeiter. Durch eifrigen Ausbau des Arbeitsnachweises war es trotzdem möglich, unsere Kollegen vor längerer Arbeitslosigkeit zu schützen. Die beweist auch der Rückgang der ausbezahlten Arbeitslosenunterstützung von 483,87 Mk. im 3. Quartal auf 314,07 Mk. im 4. Quartal 08.

Der gemeinsame mit dem sozialdemokratischen Verbands abgefaßte Spenglerartikel brachte den Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von 1/2 Stunde und eine Lohn-erhöhung von 3—4 Pfg. pro Stunde. Die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern waren ziemlich langwierig, fanden aber vor dem Gewerbegericht einen glücklichen Abschluß.

Als ganz besondere Ehre hat es sich die Ortsgruppe angerechnet, daß es ihr vergönnt war, die fünfte Verbandsgeneralversammlung in München tagen zu sehen, hat auch jeder Verbandstag einen Anspruch auf große Bedeutung für die Entwicklung des Verbandes. Und die Delegierten, die in München zur Beratung wichtiger Angelegenheiten zusammengelassen waren, hatten keine leichte Arbeit. Tausendfältig waren die Vorschläge über Staffelleistungen, Unterstützungsweisen usw. Die Zahl der Anträge, die alle berücksichtigt sein wollten, hatte großen Umfang angenommen, und geradezu erhehend war die Einmütigkeit, mit der alle die Wünsche und Anträge in Beschlußfassung zusammengefaßt wurden, die unstrittig eine sichere Richtschnur für den Verbandsbau bilden und Gedeihen sein werden. Daß wir auch bestrebt waren, den Delegierten den Aufenthalt in München so angenehm als möglich zu machen, sei nur nebenbei erwähnt. Wichtiger ist, daß die Durchführung der Beschlässe uns keine Schwierigkeiten machte, da wir schon im Juli 1907 den 70 Pf.-Beitrag einführtet. Auch die so dringend empfohlene innere Festigung der Ortsgruppen wurde durchgeführt. Das Vertrauensmänner-system wurde neu geregelt, ebenfalls eine Kartothek nach Hauptbuchnummer und Bezirken angelegt. Diesem Umstande haben wir es auch zu verdanken, daß trotz des großen Arbeitsmangels unsere Mitgliederzahl eine steigende Tendenz aufweist.

Das Versammlungswesen ist weitgehend gepflegt worden. Insgesamt wurden 61 Versammlungen und 22 Sitzungen abgehalten. Immer größerer Wert wurde darauf gelegt, in den Versammlungen interessante und belehrende Vorträge zu halten, um so in der Arlzenzeit an der Vertiefung des Gewerkschaftsgedankens zu arbeiten.

Darauf gab Kollege Wagner den Kassenericht, der von den Revisoren geprüft und als richtig befunden wurde. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß im Jahre 1908 an 2817,73 Mk. Unterstützungen ausbezahlt worden sind. An die Hauptkasse wurden gesandt 1944,82 Mk. In der darauf folgenden Diskussion wurden einige Wünsche zum Ausdruck gebracht, deren Berücksichtigung der Vorsitzende zusagte.

Die einmütige Wiederwahl der bisherigen Vorstandschast ist die beste Anerkennung für deren Tätigkeit, und wird die Leitung, getragen von dem Vertrauen der Mitglieder, auch im kommenden Jahre alles aufbieten, um die Ortsgruppe vorwärts zu bringen.

Sodann wurde noch die herrschende Arbeitslosigkeit und Mittel und Wege zu deren Vinderung besprochen. Nach längerer Debatte wurde auf Vorschlag des Kollegen Wessermeyer folgende Resolution angenommen: „Die Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes spricht die Erwartung aus, daß die königliche bayerische Staatsregierung die durch den Abschluß der Eisenbahn-Württemberg-Gemeinschaft benötigten sechs 6000 Waggon sofort in Auftrag gebe. Ein großer Teil der Arbeiterchaft würde dadurch Beschäftigung erhalten und somit vor größerer Not bewahrt bleiben. Sind auch die zur Beschaffung der Waggon benötigten Gelder vom Landtag noch nicht bewilligt, so kann das doch für die Regierung kein Grund sein, mit dem Auftrag zurückzuhaltten. Ohne Zweifel werden alle Parteien des Landtages das Geld nachherwilligen, handelt es sich doch um Ausgaben, die im Interesse des Staates gemacht werden müssen.“ (Siehe auch die Notiz unter „Soziales“ zur Arbeitslosenfrage.)

Nach einigen ermunternden Worten des Kollegen Kasperle, der besonders zur treuen Mitarbeit und tätigen Teilnahme an Verbandstagen aufforderte, schloß der Vorsitzende die schon verlaufene Versammlung.

**Bergen (Bayern).** Am 7. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre erste Generalversammlung nach dem Aufschluß an den christlichen Metallarbeiterverband ab. Kollege Buchner gab den Jahresbericht und erwähnte dabei besonders die ungünstige Lage der Kollegen, Arbeitsverhältnisse und Löhne lassen noch viel zu wünschen übrig, und darum sei es doppelt notwendig, daß die Kollegen treu zusammenstehen, um durch gemeinsame Arbeit zu erreichen, was die schwache Kraft des einzelnen nicht zu erreichen vermag. Auch der letzte Kollege müsse dem Verband beigetreten werden.

Der Kassenbericht gab Kollege Volland und wurde ihm für die gute Führung der Geschäfte Entlastung erteilt. Das Wahlergebnis brachte fast einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandschaft. Gewiß eine schöne Anerkennung der unermüdbaren Tätigkeit aller Vorstandsmitglieder.

Unter „Verschiedenes“ wurden einige Vorkommnisse in der Maghütte besprochen. Der anwesende Bezirksleiter, Kollege Majchke, gab Auskunft über die von der Regierung und vom Landtag bewilligte Lohnerhöhung, die aber jetzt nicht zur Auszahlung gekommen sei. Es sei keineswegs zu billigen, wenn die einzelnen Werksleistungen vorzögen, sich an den Beschäftigten des Landtages vorbei zu denken und glaubten, es entspräche dem Sinne des Gesetzgebers, wenn die Arbeiter mit einer einmaligen Gratifikation abgespeist würden. Auch die Methode, daß neuzutretende Arbeiter nicht unter 25 Pfg. Stundenlohn eingestellt werden, während Arbeiter, die schon drei und mehr Jahre dort beschäftigt sind, nur 23 Pfg. erhalten, ist zu verurteilen. Gewiß sind 25 Pfg. nicht zuviel, aber eine Pflicht der Werksleitungen wäre es, den älteren Arbeitern mindestens denselben Lohn zu gewähren.

Alle diese Unzulänglichkeiten werden sich beheben lassen, wenn die Arbeiterkraft der Maghütte treu zusammensteht. Im nächsten Landtag wird die Regierung darüber Rede und Antwort stehen und die Wünsche berücksichtigen müssen, um so eher, wenn sie weiß, die Arbeiterkraft ist geschlossen organisiert. Diese Geschlossenheit zu erreichen ist die Aufgabe des nächsten Jahres. Mit einem „Glick auf“ schloß der Vorsitzende die schon berlausene Versammlung.

**Barmen.** Unsere am 13. Februar abgehaltene Generalversammlung war von etwa 45 Mitgliedern besucht. Kollege Kuderik erstattete den Kassenbericht, dem wir folgenden entnehmen: Mitgliederversammlungen fanden 12, General- und außerordentliche Generalversammlungen je eine statt. Vorstand- und Vertrauensmännerkassen wurden 24, Geschäftsstunden 52 und Werkstattbesprechungen 6 abgehalten. In den monatlichen Kartellversammlungen waren 3, und an dem vom Kartell arrangierten Unterrichtskursus 8 Kollegen beteiligt. Vorträge behandelnden Inhalts wurden 5 gehalten, sowie 10 Skizzen und Vortragsberichte gegeben. Dann gelangten zur Verteilung 1500 Versammlungseinladungen und 2500 Flugblätter. Außerdem wurden eine Anzahl Broschüren, Protokolle und Taschenbücher verteilt. Der Mitgliederstand war folgender: Mitglieder am 1. Januar 08 132 männliche und 5 weibliche, neu aufgenommen 30, zusammen 167. Davon im Laufe des Jahres beim Militär eingetretene, ausgeschiedene oder abgereist 26, gestorben 2, zusammen 28, bleibt ein Bestand von 134 männlichen und 5 weiblichen, zusammen 139 Mitgliedern. Die Vorstandswahl fand eine schnelle, zufriedenstellende Erleichterung. Aus dem Kassenbericht seien folgende Zahlen erwähnt: Einnahme der Hauptkasse 3349,40 Mk. An die Zentrale eingekassiert 2022,77 Mk., an die Bezirkskasse 595,77 Mk. Für Unterstützungen wurden verausgabt: Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit 594,12 Mk., bei Arbeitslosigkeit 133,64 Mk., Sterbegeld 80 Mk., Reiseunterstützung 26 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse belief sich auf 2278,15 Mk. (worunter 513,80 Mk. Kassenbestand vom Vorjahr), die Ausgabe betrug 1606,11 Mk., jedoch noch ein Kassenbestand von 672,04 Mk. vorhanden ist. Dem Kassierer wurde gebahnt und Entlastung erteilt.

Obwohl, wie aus obiger Zusammenstellung ersichtlich, kein Rückgang der Mitgliederzahl stattgefunden hat, muß doch erwähnt werden, daß der Versammlungsbesuch durchweg sehr schwach war, sodaß verschiedene Male eine Versammlung nicht stattfinden konnte, weil — eben nur der Vorstand anwesend war. „Weshalb soll ich denn zu den Versammlungen gehen, der Verband nützt mir ja doch nicht viel.“ hört man öfter sagen. Wenn die Kollegen etwas mehr Interesse für die Arbeit des Verbandes hätten, so würden sie sehen, daß auch im vergangenen Jahr annähernd 1000 Mk. zum Wohl der Mitglieder am Orte verwandt worden sind. Kollegen von Barmen! Nur wenn wir alle auf dem Posten sind und jeder einzelne seine Pflicht auch in bezug auf den Versammlungsbesuch tut, kann die Arbeit des Verbandes zum Wohl des einzelnen sowie der Gesamtheit sich weiter entwickeln. Und deshalb, Kollegen, laßt uns im kommenden Jahr alle mit mehr Eifer und Mut für unsere edle Sache arbeiten, damit der Segen unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit immer größeren Massen zugute kommt.

**Bibbstadt.** Der Versuch unserer diesjährigen Generalversammlung war ein besserer wie im Vorjahre. Aus dem Kassenbericht, der vom Kollegen Stork gegeben wurde, entnehmen wir folgende Zahlen: Die Gesamteinnahme für die Verbandskasse betrug 2430,05 Mk. Die Gewinnaussgabe 1155,53 Mk.; hiervon ist für Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit allein 584,48 Mk. und für Arbeitslosenunterstützung 199, — Mk. verausgabt worden. Hieraus ist zu ersehen, daß ein großer Teil der Beiträge den Kollegen durch den einzelnen Unterstützungen schon sofort wieder zufließen und daß die Erhöhung der Beiträge von 50 auf 60 Pfg. nötig war, um auch etwas für die Erhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in die Kriegsjahre zurücklegen zu können. Der bisherige Vorstand wurde zum größten Teil wieder gewählt und um zwei Mitglieder vermehrt, weil die Ortsgruppen Relele und Warstein zu einer Verwaltungsstelle in Bibbstadt verschmolzen sind. Wie auch in anderen Orten, so hatten auch in Bibbstadt die Arbeiter stark unter der Krise zu leiden. Auf der Union Rhön ist das Puddelwerk ganz eingestell und

ein großer Teil der dort beschäftigten Arbeiter ganz entlassen worden. Auch die Arbeiter der Metallindustrie sind arg mitgenommen, haben sie doch eine Zeit lang acht Stunden gearbeitet und auch zeitweise Feiertage hinnehmen müssen. Daß bei dieser Gelegenheit auch die Löhne heruntergedrückt werden, braucht nicht Wunder zu nehmen. Das ist den Unternehmern um so leichter möglich, da ein großer Teil der Arbeiter es immer noch nicht für nötig findet, sich zu organisieren. Die Indifferenten tragen deshalb an den mißlichen Zuständen die Hauptschuld. Das müssen wir ihnen klar machen und sie eines Besseren zu belehren suchen.

Wollen wir aber erfolgreich agittieren, müssen wir selbst geschult und schlagfertig sein. Daher heißt es pünktlich und regelmäßig die Versammlungen und den Unterrichtskursus besuchen, eifrig das Verbandsorgan zu studieren. Vor allem aber auch pünktlich die Beiträge entrichten. Kollegen! Wir haben jetzt die Stadt in Bezirke eingeteilt und die Beiträge werden in den Wohnungen in Empfang genommen; machen wir den Vertrauensmännern ihre Aufgabe leicht und seien wir ihnen behilflich, ganz besonders in der Hausagitation.

**Neppen.** Unsere Ortsgruppe hielt am 14. Februar eine gut besuchte Generalversammlung ab. Zuerst wurde der Jahresbericht des Vorsitzenden entgegengenommen. Infolge mangelhafter Schwirrkarten ist die Entwicklung unserer Zahlstelle eine langsame. Die Mitglieder müssen in Zukunft einen regeren Agitationseifer entfalten, damit wir schneller vorwärts kommen. Aus der inneren Vereinstätigkeit sei hervorgehoben: Es wurden abgehalten eine öffentliche, 19 Mitgliederversammlungen und 12 Vorstandssitzungen. Der Besuch der Versammlungen ließ öfter viel zu wünschen übrig. Die lauen Kollegen müssen dringender ermahnt werden, sich in dieser Beziehung zu bessern.

Aus dem Kassenbericht ist zu erwähnen, daß die Gesamteinnahme 1201,58 Mk. betrug. Für Unterstützungen sind verausgabt 40,70 Mk. und an die Zentrale abgehandelt 1160,85 Mk., an die Bezirkskasse 140,95 Mk. Bestand der Lokalkasse am Schluß des Berichtsjahres 71, — Mk. Das Resultat der Vorstandswahl brachte einige Änderungen. Hoffentlich werden die gewählten Kollegen stets ihrer übernommenen Pflichten eingedenk bleiben und von allen Mitgliedern auch tatkräftig unterstützt werden.

Nach Beendigung der Vorstandswahl hielt Kollege Volland aus Rheine einen sehr schönen Vortrag, der mit Beifall aufgenommen wurde und eine rege Diskussion auslöste. Im Schlußwort erwähnte der Redner die Mitglieder, seien so zahlreich wie heute an den Versammlungen teilzunehmen und auch alle übrigen Pflichten eines Gewerkschaftlers gewissenhaft zu erfüllen. Damit fand die anregend verlaufene Generalversammlung ihr Ende.

**Oberhausen.** (Rhld.). Wie unorganisierte Arbeiter behandelt werden. Es ist allgemein bekannt, daß in Punkte Arbeiterbehandlung, auf der Gutehoffnungshütte schon manches geleistet worden ist. Interessant aber ist, daß man immer unorganisierte Arbeiter so schlecht behandelt, und mit den organisierten Kollegen doch etwas vorzüglicher umgeht. Ein Kranführer des alten Walzwerkes mußte den von ihm bedienten Kran in Reparatur geben. Hiermit beschäftigt kommt der Ingenieur St. und ruft ihn, natürlich nicht laut und mit den dazu gehörigen Worten zu, er solle auf den anderen Kran gehen und dort weiter arbeiten. Der betreffende Kranführer ging nun über die sehr schmale Bühne zum anderen Kranen. Da dieses Hinübergehen dem Herrn Ingenieur St. nicht schnell genug ging, befahl er dem Meister G., den Mann mit einer halben Schicht zu bestrafen und sofort zu kündigen. Also, weil dem betreffenden Arbeiter sein Leben sicher war, als eventuell 2—3 Minuten Arbeitszeit für die Gutehoffnungshütte, wird er mit einer halben Schicht bestraft und dazu noch entlassen.

Nach Ansicht verschiedener Herren dürfen die Arbeiter überhaupt nicht an sich und ihre Familie denken, sondern auf Befehl müssen sie sich geradezu blindlings in die Gefahr stürzen, wenn es nur der Gutehoffnungshütte etwas einbringt. Arbeiter der Gutehoffnungshütte! Wollt ihr dieses noch länger über euch ergehen lassen? Ihr habt euer Glend noch garnicht erkannt, sonst hättet ihr euch schon längst dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen. Denkt einmal über folgendes nach: Wenn der betreffende Kranführer nun von der Bühne herabgefallen wäre und hätte Arm und Bein gebrochen oder eventl. wäre er sogar tödlich dabei verletzt worden, dann hätte der Ingenieur gesagt, derselbe ist nicht vorzüglich genug gewesen. Aber die Hinterbliebenen wären ihres Ernährers beraubt worden.

Was ist dagegen zu tun? Zusammenschluß der ganzen Arbeiterkraft, denn nur die Organisation ist imstande, wirklich den einzelnen Arbeiter zu schützen und Mißstände und Ueberschüsse einer öffentlichen Kritik zu unterziehen. Die Deffentlichkeit wird sich garnicht bemühen, wieviel Menschenleben und Menschenknochen die Eisenindustrie jährlich vermalmt, da in der genannten Industrie Majorunglücke sich nicht ereignen, sondern ein Opfer nach dem andern gefordert wird. In der Unfallstatistik steht die Sektion Oberhausen mit 240 Unglücksfällen von 1000 Dollarbeitern im Jahre 1908 obenan. Und warum? Weil die Arbeiterkraft der Eisenindustrie den Wert der Organisation nicht kennt. Sind aber doch gerade die Metallarbeiter in unserem Wirtschaftsleben ein so wichtiger Faktor, daß jeder einzelne Staatsbürger von ihnen abhängt. Was wird nicht alles aus dem schmuckigen Eisen gemacht? Die feinste Nähmaschine, bis zur formvollendeten Maschine. Was wären heute unsere Verkehrsmittel, ohne die Eisenbahn, die elektrische, die Dampfmaschine usw. den Gasbrenner, den Kohlenbrenner, den Hütten- und Zinkbrenner, den Arbeiter in den Werken oder Stahlwerken, oder den Arbeiter in der Eisenindustrie, oder ohne den Schmelz, Schmelz, Fräher, Maschinen, Bohrer, Bohler, Fräher, Hilfsarbeiter usw. Das ist jeder keine mehr oder weniger wichtige Bedingung? Daher hängt das Leben der Menschheit von der Organisation ab.

Deshalb gibt es keine Ausrede mehr, was habe ich mit den anderen zu schaffen, sondern jeder muß in dem anderen seinen Arbeitsbruder erblicken und für seinen so hochwichtigen Stand und Beruf eintreten, zum Segen der gesamten deutschen Arbeiterkraft, nach dem Grundsatz: Einer für alle, alle für einen. Deshalb hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, denn darin findet ihr einen starken und mächtigen Rückhalt in allen Schwierigkeiten und Notlagen des Lebens.

**Hopperte-Donkirschen.** Am 14. Februar hielt die diesige, am 10. November 1907 gegründete Ortsgruppe ihre erste Jahresgeneralversammlung ab. Die Ortsgruppe wurde mit 28 Mitgliedern gegründet. Neu aufgenommen 14, ausgeschieden 6, abgereist 2, zum Militär eingezogen 3, aus anderen Ortsgruppen übergetreten 3. Mitgliederzahl am 31. Dezember 1908: 34. Es wurden 4 öffentliche, 14 Mitglieder- und 12 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen abgehalten.

Für die Hauptkasse wurden eingenommen: 995, — Mk. Davon wurden an die Hauptkasse abgeliefert 791,34 Mk., an die Bezirkskasse 80,55 Mk. Bestand der Lokalkasse 38,01 Mk. Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt worden war und an dem Tätigkeits- und Kassenbericht nichts anzufügen war, ging man zur Wahl des Vorstandes über. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Zu Vertrauensmännern meldeten sich 2 Mitglieder freiwillig. Nach einem ausführlichen Referat des Kollegen Vollmer über die christliche Arbeiterbewegung wurde die gut besuchte Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen.

Hoffentlich wird sich die christliche Arbeiterbewegung unter den diesigen Arbeitern immer mehr Bahn brechen. Darum aufgemacht, ihr Arbeiter der diesigen Sprengstoffabrik, bei eurer gefährlichen und gesundheitsgefährlichen Arbeit habt ihr die Organisation bitter notwendig. Ihr habt jetzt lange genug geschlafen, laßt endlich einmal den letzten Rest von Egoismus und Selbstsucht fallen. Nur dann werden wir zum Ziele kommen, wenn jeder seinen Mann stellt. Nur dann kann es heißen: Alle für einen, einer für alle.

**Nassat-Gaggenau.** Ein jeder denkende Arbeiter wirft am Schluß des Jahres einen Rückblick, um zu sehen, was er gearbeitet und versäumt hat, um daraus die Lehre zu ziehen, wie er in der Zukunft seine Arbeit einzurichten hat, um sein weiteres Vorwärtkommen einzurichten. Von diesem Bestreben sind auch wir wie aus den Generalversammlungsberichten ersehen, unsere Ortsgruppen zum größten Teil befeet. Bei vielen Ortsgruppen ein erfreuliches Vorwärtstreben und Vorwärtkommen, bei manchen Stillstand, bei etlichen andern leider sogar Rücktritt.

In der zweiten Art scheint auch die Ortsgruppe Nassat zu gehören. Es hat hier in den Reihen der Kollegen eine große Interessenlosigkeit eingegriffen. Von den Pflichten eines Gewerkschaftlers, Versammlungsbesuch, Schulung, Erfassen der gewerkschaftlichen Aufgabe, keine Spur. Weil die Kollegen in den Versammlungen nicht erscheinen, ist es nicht möglich, sie durch Vorträge und gründliche Ausprache anzuführen und zu schulen. Gerade am hiesigen Werke, wo die wirtschaftliche Lage vielfach eine so gedrückt ist, wäre dies im eigenen Interesse der Kollegen dringend nötig. Nehmen wir uns ein Beispiel an einen alten 60jährigen Kollegen, der immer da ist. Auch ein Einzelmitglied scheut nicht die Ausgaben und Mühen einer Bahnreise zur Versammlung. Da müßte es doch angeht, dessen den anderen Kollegen ein leichtes sein, zu kommen. Die Generalversammlung am 21. Februar konnte leider nicht abgehalten werden, weil die meisten Kollegen fehlten. Vor einigen Tagen fand in einem konfessionellen Verein eine Versammlung statt, wo man die christlichen Gewerkschaften in ein falsches Licht zu stellen suchte. Nur dem mannhafsten Eintreten der anderen christlichen Gewerkschaftler war es zu danken, daß der Plan mißglückte. Unsere Metallarbeiter aber fehlten. Vor 14 Tagen suchten die Genossen einen Kollegen aus einem Betriebe hernanzubringen. „Dau' der Ansicht des betr. Kollegen gestattete sich aber die Gedächtnis umgekehrt. Wo waren aber die christlich gesinnten Metallarbeiter? Man konnte sie suchen mit der Laterne, aber zu finden waren sie nicht.“

Es wäre die allerhöchste Zeit, daß auch wir uns endlich zur gewerkschaftlichen Selbstbetätigung aufraffen. Darum Kollegen, das Verbandsorgan fleißig studiert, die Beiträge pünktlich bezahlt und vor allem aber auch die Versammlungen fleißig besucht. Es ist nicht nur im Interesse des Vorstandes, des Verbandes, sondern auch in unserem eigenen Interesse. Kollegen von Nassat und Gaggenau, kommt daher vollzählig zu den Versammlungen, nehmt überhaupt die Pflichten als organisierte Arbeiter etwas ernst. Ohne Selbstüberwindung und Opfer kein Erfolg.

**Reheim-Hütten.** Unsere Verwaltung erstattete in der Generalversammlung am 14. Februar, welche gut besucht war, den Jahresbericht. Denselben entnehmen wir, daß zu Anfang des 1. Quartals 33 Mitglieder vorhanden waren. Von diesen reiste 1 ab und 4 sind ausgeschieden. Also Bestand am Schluß 28 Mitglieder, welche 52 oder jedes Mitglied durchschnittlich 12,6 Markten fleben. Im 2. Quartal erhielten wir zugereist 1, und 24 Neuebeiträge, welchen 2 abgereist und 2 ausgeschiedene Mitglieder gegenüberstehen. Die am Schluß des 2. Quartals vorhandenen Mitglieder haben 514 oder durchschnittlich 10,5 Beiträge entrichtet. Im 3. Quartal kam 1 Mitglied zugereist und 6 Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Jedoch reisten 2 ab, 2 traten aus und 2 mußten wegen Mißstand gestrichen werden. An Wochenbeiträgen wurden 553 Markten von den 49 Mitgliedern oder pro Mitglied 11,4 Markten geäußt. Das 4. Quartal brachte uns 4 Neuebeiträge, aber 4 traten aus und 4 wurden ausgeschieden. Am Schluß des 4. Quartals hatten wir also 45 Mitglieder. Diese kauften 322 Beitragsmarkten oder jeder einzelne 11,7. Der Gesamtumsatz der Wochenmarkten betrug 1943 oder durchschnittlich 43,2 für jedes Mitglied, gegen 40,2 im Jahre 1907.

Der Zuwachs des Jahres 1908 betrug trotz der Schwankung demnach 39 Prozent. Ist es auch eine Besserung, so muß im laufenden Jahre doch mit allen Mitteln gegen die Abnahme gearbeitet werden. Besonders muß es Pflicht der älteren Mitglieder sein, neuebeitretene mit

zu den Versammlungen abzuholen, damit diese mehr vom gewerkschaftlichen Geiste durchdrungen werden.

Es fanden 1908 in der Verwaltungsstelle Neben- süssen 6 öffentliche Versammlungen statt, in denen aus- wärtige Neben- Die Lage der Güter- und Warkwerksar- beiter - Reform der Arbeiterversicherung - Verordnung zum Schutze der Arbeiter in der schweren Metallindustrie - die Arbeitsverhältnisse im modernen Warkwerksbetriebe - Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation für die Familie - Die Lehren der wirtschaftlichen Krisen für die Arbeiterschaft, behandelten. In den 28 Mitgliederversammlungen wurden außer Verbandsangelegenheiten behandelt: Wie sollen wir agieren - Die Unfallgefahr der Wark- werker - Mehr Kleinarbeit beachten - Der Jahresbericht unseres Verbandes - Die Verordnung zum Schutze der schweren Industrie und seine Mängel - Agitation unter den Warkwerksarbeitern - Mehr Mitarbeit der Wark- werker, sonst Verwerdung zwecklos - Lohnabzug und dessen Ver- sorgung für die Familie - Der gerechte Lohn - Die Erhaltung und Erhaltung eines gerechten Lohnes - Der wirtschaft- liche Niedergang und sein Einfluß - Mißstände der Ver- triebe - Verbandstag zu München - Die neue Verbands- einrichtung - Rück- und Ausblick gewerkschaftlicher Tätig- keit - Bildung des Arbeiterstandes - Verkürzung der Ar- beitszeit - Grundprinzip der christlichen Verbände - Nutzen gewerkschaftlicher Verbände - Gewerkschaftliche Auf- gaben während der Krisen - Wer kommt die Arbeiter- bewegung in ihrem sozialen Wirken usw. Die 6 Wert- stattsversammlungen behandelten das Krankenkassenwesen, die bezgl. Vorstandswahlen und Differenzen in den Werken. Außerdem wurden noch 12 Agitationstouren in hiesiger Umgebung gemacht, damit in den Dörfern der gewerkschaftliche Gedanke bekannt wird und die Arbeiter von dort sich nicht als Lohnbrüder anbieten.

Nicht allein Aufklärungsarbeit haben wir geleistet, sondern, soweit es uns möglich war, Verbesserungen er- reichte, Verschlechterung abgewehrt und vor schweren Maß- nahmen zurückgeschreckt, z. B. die drei Warktage der Kran- kenunterstützung bei längerer Krankheit nachzuzahlen, - daß der Unfallzuschuß im Krankenkassenstatut festgelegt, weil er meistens nur auf Antrag festgelegt wurde - 10 Prozent Lohnabzug durch Vermittlung auf 5 Proz. er- mäßigt, welches 300 Mk. jede Lohnperiode für die Ar- beiter bedeutet. Nicht wir oder der Verband ist Schuld, daß nicht mehr erreicht wurde, sondern diejenigen, welche nicht mitgeholfen haben.

Der schriftliche Verkehr der Verwaltungsstelle war ein sehr reger. Unter den ausgegangenen Schriftstücken be- zogen sich außer Verbandsfachen 2 mit Lohnabzug, 2 Ar- beitszeit, 1 Gesundheitsfrage, 2 Wirtuät, 1 Sparedmanns- amt, 3 Schulentlassung, 3 Eingaben betr. Diskutierabend, 4 Steueranspruch, 2 Krankenkassen, 3 Polizei, 5 Unfall, 2 Invaliditätsangelegenheiten. Außerdem wurde die Ar- beiter- sowie Tagespresse in unserem Sinne möglichst be- einflußt. Zur weiteren Aufklärung diente der Vertrieb von Broschüren im Werte von ca. 50 Mk., die Verteilung von 7000 gedruckten und 500 selbstgemachten Flug- blättern. Die Bibliothek der Ortsgruppe Neheim hat zur- zeit 105 Bände im Werte von 110 Mk.

Aus dem Kassenbericht verdient folgendes her- vorgehoben zu werden: Die Einnahme der Hauptkasse be- trug 1082,15 Mk.; Ausgaben der Hauptkasse am Ort 257,67 Mk., an die Zentrale eingekandt 824,481 Mk. An Er- werbslosenunterstützung wurden verausgabt bei Krankheit 84,37 Mk., und bei Arbeitslosigkeit 5,85 Mk. Die Gesamt- einnahme der Lokalkasse betrug 336,45 Mk., die Ausgaben 326,29 Mk., mithin ein Ueberschuß von 10,16 Mk. Dazu der Bestand vom Vorjahre im Betrage von 556,17 Mk., macht zusammen 566,33 Mk. oder 12,58 Mk. pro Mitglied. Damit dürfen wir uns aber nicht zufrieden geben. Es müßte nunmehr in Erwägung gezogen werden, baldigt wiederum die Zahlung eines Lokalszuschlages zu beschließen.

Die Wahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner wurden größtenteils die alten Personen wiedergewählt, welche auch die Wahl annahmen. Darauf hielt der neue Bezirksbeamte Kollege Alf einen Vortrag: „Wie haben wir unsere Ortsgruppen?“ Die Worte des Redners fanden allseitigen Beifall. Wir müssen uns nun bemühen, die Ausführung der Anregungen allseitig zu verwirklichen. Denn nur durch opferwillige Mitarbeit aller Mitglieder wird es dem Vorstand möglich sein, das hiesige Feld er- folgreich bebauen zu können. Nicht nur zahlende Mitglieder wollen wir sein, sondern arbeitsfreudige, tatkräftige Ge- werkschaftler. Sobald sich eine Gelegenheit bietet, müssen alle dem Vorstand zur Verfügung stehen. Keiner darf in den Versammlungen fehlen, denn diese werden doch nicht einberufen, damit der Vorsitzende mal wieder eine Ver- sammlung leiten soll. Aber auch außerhalb der Ver- sammlungen muß jedes Mitglied seinen Mann stellen, um die Zahl der fernstehenden Kollegen zu verkleinern. Jeder ge- wonnene Kollege stärkt unsere Bewegung. Zum Schutze erinnern wir jedes Mitglied an das Gelöbniß, welches wir dem Vorsitzenden gegeben, „einig, treu, opferwillig in allen Teilen mitzuwirken an der Hebung unserer Bewegung, bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifel an der maß- gebenden Adresse sich zu wenden“. Dann wird der Vorstand freudig seinem Amt vorstehen und allen Kollegen wird es von Nutzen sein. Gott segne die christliche Arbeit.

**Radewortwald.** In Nr. 5 unseres Organs stellten wir auf den Herzenberg eine gewisse „Geistesgröße“, die in der sozialdemokratischen Me- tallarbeiterzeitung unter obiger Stichmarke seit eini- ger Zeit ihr Unwesen treibt, eine Reihe von Tat- sachen fest. Vier volle Wochen hat es gedauert, bevor dieser „Arme“ darob die Sprache wiedergesunden; aber frag mich nur nicht welche. Anstatt, wie es unter Männern eigentlich Sitte sein soll, unsere An- frage, ob die „Herren“ Genossen eine prinzipielle Aussprache mit uns wünschten, zu der wir jederzeit auf einer gerechten Grundlage bereit wären, mit Ja oder Nein zu beantworten, verlegt sich dieser „Held“ einfach aufs Lügen. Es ist dieses zwar weiter nicht verwunderlich, da es sich nach Kantsthy nun einmal für einen Genossen so geziem. Aus praktischen Er- fahrungen wissen wir, daß die Lüge das liebste Pferd

ist, welches die Genossen reiten, daß sie daran sich auch zerrunden, jagen. Wer nicht mit christlichen Waffen zu kämpfen weiß, sondern stets zur Lüge greifen muß, soll vom Kampfplatz fernbleiben. Auch die „edle Seele“, die in der Nr. 9 des Metallarb. Jg. vom 27. Februar seine Lügengruppe abhieß, hätte sich das merken sollen. Weil er es nicht getan, deshalb sei er hiermit öffentlich als Lügner und Verleumder erklärt. F. Dreich.

**Miettenberg.** Zu unserer am 21. Februar statt- gefundenen Generalversammlung waren die Mitglieder zahl- reich erschienen. Aus dem vom Vorsitzenden eröffneten Jahresbericht ist zu ersehen, daß die Ortsgruppe im ver- gangenen Jahre eifrig gearbeitet hat. Es wurden im Ver- richtsjahre 4 öffentliche, 19 Mitglieder- und 10 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen abgehalten. Im September brachten bei der Firma Karl Rheinländer Diffe- renzen wegen Lohnabzug aus, die zur Aussperrung der meisten dort beschäftigten Arbeiter führte. Der Kampf, der mit dem Deutschen und Sächsisch-Dänischen Metall- arbeiterverband gemeinsam geführt wurde, brachte leider nicht den gewünschten Erfolg, weil sich aus Miettenberg und der näheren Umgebung zwölf Streikbrecher ein- fanden, die bei der Firma Arbeit annahmen und dadurch ihren organisierten Kollegen in den Rücken fielen.

Aus dem Kassenbericht des Kassierers ist folgendes hervorzuheben: Die Einnahmen für die Verbandskasse betragen 689,40 Mk.; die Ausgaben für die Verbands- kasse waren 226,70 Mk., sodas an die Zentrale 462,70 Mk. gekandt wurden. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 230,72 Mk. und eine Ausgabe von 226,44 Mk.

In der sich an diese beiden Berichte anschließenden Diskussion betonte Kollege Gierb (Siegen), daß insbesondere die letzte Hälfte des vergangenen Jahres eine Zeit des Kampfes und intensivster Arbeit für unsere Ortsgruppe behüte andererseits aber auch die Aussperrung bei der Firma Rheinländer den Kollegen gezeigt habe, daß nur eine starke Organisation in der Lage sei, die Rechte des Arbeiters zu wahren. Im Kassenbericht sei angegeben, daß die Zentrale 462,70 Mk. erhalten hat. In Wirk- lichkeit hätte die Zentrale nicht nur nichts erhalten, son- dern sie hätte infolge der Aussperrung neben diesen Einnahmen noch einen erheblichen Zuschuß an die Orts- gruppe leisten müssen. Auch hieraus könnten die Kollegen die Lehre ziehen, daß mit niedrigen Beiträgen nichts zu erreichen sei, sondern wenn unsere Lage gebessert werden soll, auch Opfer gebracht werden müßten.

Bei der von Kollege Bergmann und Vertrauens- männerwahl wurden die bisherigen Kollegen mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der umständlicher diesen Posten nicht mehr annehmen kann, und des ersten Schriftführers, der aus dem Verbands ausgeschlossen wurde, wiedergewählt. Nachdem die Wahlen getätigt, hielt Kollege Gierb einen Vortrag über die Aufgaben des Vorstandes und der Mit- glieder im neuen Jahr. Wenn die in diesem Vortrag ge- gebenen Hinweise von allen Kollegen beherzigt und in der Praxis ausgeführt werden, müssen wir im neuen Jahre vorwärts kommen.

**Dingelstädt (Eichsfeld).** In unserer Ortsgruppe macht sich in letzter Zeit ein reger Eifer für unsere Be- strebungen bemerkbar, was auch ganz besonders anlässlich unserer Generalversammlung in die Erscheinung trat. Es ist dies um so freudiger zu begrüßen, weil in den letzten Jahren eine Gleichgültigkeit innerhalb der Metallarbeiter- schaft gegenüber dem Organisationsgedanken eingerissen war, die zu nichts Gutem führen konnte. Im Jahre 1905 war unsere Ortsgruppe gegründet worden und hatten wir es schon bis auf 70 Mitglieder gebracht, genau so war es aber auch wieder abwärts gegangen, und konnten wir bei Angabe der Mitgliederzahl die Null hinter der Sieben streichen. Dieser Rückschritt unserer Ortsgruppe ist darauf zurückzuführen, daß wir in der Wahl der leitenden Per- sönlichkeiten nicht glücklich gewesen waren. Andererseits trugen auch die Kollegen selbst die Schuld, weil manche glaubten, nachdem die Firma Gebr. Ufer eine kleine Lohn- zulage gewährt hatte, brauche man keine starke Organisa- tion mehr. Alle Arbeit und Mühe seien vergebens, doch was trotz eifriger Tätigkeit der Bezirksleitung und der wenigen tren gebliebenen Kollegen nicht möglich gewesen war, das brachte die Wirtuät mit einem Schlage zuzwege. Neujahr 1909 überreichte die Feilenfabrik Gebr. Ufer den Arbeitern auch ein Neujahrsgeschenk, doch waren die Arbeitskollegen gerade nicht sehr erhalt davon. Trotz- dem die Löhne, die hier gezahlt werden, sowieso schon recht kärglich sind, wurden Abzüge von 5-10 Prozent angefordert.

Dieser Schlag brachte manchen Kollegen zur Besinnung und eine ganze Anzahl fand nunmehr den Weg in die Organisation. Unsere Generalversammlung zeigte uns nun, daß auch die Metallarbeiter von Dingelstädt mit den übrigen christlich denkenden Kollegen ein geschlossenes Ganzes bilden wollen und mitkämpfen wollen, um das Ziel, das wir uns gesteckt haben, zu erreichen. Unser Bezirksleiter Kollege Buchner zeigte an der Hand von Lohnabzügen und Preisberzichten, wie sehr wir noch zurückstehen in bezug auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sodas jeder Kollege zu der Ueberzeugung kam, daß nur eine starke einheitliche Gewerkschaft in diesen Verhältnissen Wandel schaffen kann. Kollegen und Mitarbeiter! Wir haben nun den Nachteil und den Schaden zu tragen dafür, daß wir unsere Waffe, die gewerkschaftliche Organisation, nicht blank erhalten haben, sondern diese unsere einzige Hilfe beiseite geschoben. Diese Lehre wollen wir nicht vergessen, mit unser- rem jetzigen Bestande wollen wir Hand in Hand arbeiten, alle Kräfte anspannen, damit wir eine derartige Ueber- raschung, wie sie uns zu Neujahr bereitet wurde, nicht wieder stillschweigend hinzunehmen brauchen.

Jeder Kollege besuche daher regelmäßig und pünktlich die Versammlungen, jeder werbe neue Mitglieder, gerade hier bei uns gilt es, den christlichen Gewerkschaftsgedanken gegenüber den Gegnern von rechts und von links zu ver- teidigen. Wenn wir so weiterarbeiten, wie es in den beiden verfloffenen Monaten der Fall gewesen ist, dann werden wir auch bald bei uns selbst die Wirtuät des Dicht- wortes erproben können, daß „verbunden auch die Schwä- chen mächtig werden“. Darum, Kollegen von

mit neuem Mut und neuer Begeisterung an die Arbeit, nicht wanken und nicht weichen, fest stehen wie deutsche Eichen. Mat eher wollen wir ruhen, bis auch der letzte Metallarbeiter dem Verbände zugeführt ist, damit auch wir in der Zukunft ein gewichtiges Wort bei der Regelung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitreden können.

### Soziales.

#### Zur Arbeitslosenfrage

wird uns aus München gemeldet: Es gibt wohl kaum eine Erscheinung im wirtschaftlichen Leben, die von so einschneidender Bedeutung ist und von der die Existenz der Arbeiterschaft so sehr berührt wird, als von der Arbeitslosigkeit. Aus Arbeitsmangel die Ar- beitskräfte verlasten, das bedeutet alljährlich für tau- sende von Arbeitern eine Zeit der Entbehrung, mit- gar der bittersten Not, die nicht selten in völlige Ver- armung ansetzt. Eine Verarmung, von der nicht nur allein die zunächst davon Betroffenen berührt werden, sondern die sich unmittelbar auf weitere Kreise aus- dehnt. Dies gilt besonders von Gemeinden, in denen eine Arbeiterschaft, die mit häufiger Arbeitslosigkeit zu rechnen hat, anfällig ist. Mit dem Verlust der Beschäftigung hat der Arbeiter nicht nur einen erheb- lichen Teil seiner Kaufkraft eingebüßt, auch seine Steuerkraft ist bedeutend gemindert. Darum handelt auch die Gemeinden im eigenen wohlverstandenen In- teresse, wenn sie der Arbeitslosenfrage immer mehr Aufmerksamkeit zuwenden und sich bemühen, Mittel und Wege zu finden, die geeignet sind, die Arbeits- losigkeit zu verringern. Was durch Unterstützung nicht erreicht werden kann, muß auf andere Weise an- gestrebt werden.

Auch der Vater Staat darf in dieser Beziehung nicht versagen. Bietet sich ihm doch häufig Gelegen- heit, durch Erteilung notwendiger Staatsaufträge die Beschäftigung ganzer Betriebe zu gewährleisten. Auch in gegenwärtiger Zeit, da durch den Abschluß der Eisenbahngüterwagen-Gemeinschaft allein in Bayern zirka 6000 Waggons benötigt werden, ist es Aufgabe des Staates, diesen Bedarf sofort in Auftrag zu geben. In diesem Sinne hat auch die Generalver- sammlung unserer Ortsgruppe München in einer Re- sultion zu dieser Frage Stellung genommen, und sind im Auftrage des bayerischen Eisenbahnerverban- des und unserer Organisation der Landtagsabgeord- nete Dauer und Kollege Raschke in gleicher Angelegen- heit beim Verkehrsminister v. Frauenbor- fer vorstellig geworden. Ein Auftrag zur Anfertigung der Waggons ist bis jetzt nicht erfolgt. Der Herr Minister begründet seine zurückhaltende Stellung da- mit, daß der Landtag die nötigen Gelder noch nicht bewilligt hat. Wir meinen, bei gutem Willen dürfte es der Regierung nicht schwer fallen, von beiden Kammern des Hauses die Zusicherung zu erhalten, daß das Geld nachbewilligt wird, sobald im Land- tag dazu Gelegenheit ist. Andererseits muß aber auch gesagt werden, daß es Aufgabe der Parteien ist, hier selbst die Initiative zu ergreifen und der Regierung mit aller Deutlichkeit wissen zu lassen, daß die Aus- gaben, die im Interesse des Staates früher oder später gemacht werden müssen, auch von den Parteien sanktioniert werden und somit für die Regierung kein Grund vorliegt, mit dem Auftrag zurückzuhalten.

Die Gegenwart fordert geradezu ge- biete risch, daß der Staat alles aufbietet, um die Arbeitslosigkeit zu beheben. Wer schnell hilft, hilft doppelt.

#### Arbeitskammern und christl. Arbeiterschaft.

In einer öffentlichen Versammlung am 13. Fe- bruar nahmen die christlichen Arbeiter Bielefelds zu dem Gesekentwurf betreffs Arbeitskammern Stel- lung. Nach einem Referat des Kollegen Bergmann (Duisburg) und eingehender Diskussion wurde ein- stimmig folgende Entschliesung angenommen:

Die am 13. Februar in Bielefeld stattgefundene, vom dortigen Ortsstell der christlichen Gewerkschaf- ten einberufene öffentliche Versammlung erblickt in dem vorliegenden Gesekentwurf eine brauchbare Un- terlage zur Schaffung eines Reichsgesetzes. Sie er- klärt sich grundsätzlich für paritätisch Arbeits- kammern, weil dieselben gegenüber reinen Arbei- teerkammern eine größere Gewähr für praktische Er- folge bieten und viel mehr geeignet sind, die Inter- essen gegenüber zwischen Unternehmer und Arbeiter zu mildern und so dem sozialen Frieden zu dienen. Die Versammlung begrüßt die Einbeziehung der hand- werksmäßigen Betriebe und der Heimindustrie in den Entwurf und erwartet weiter:

1. Die Einbeziehung staatlicher Be- triebe in das Gesetz;
2. daß die Entscheidung über Errichtung dem Bundesrate und nicht den Landes- zentralbehörden übertragen werde;
3. eine Erweite- rung der Befugnisse der Arbeitskammern, insbeson- dere bezüglich Erhebung über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbe und Mitwirkung derselben bei Schaffung von Tarifverträgen;
4. Herabsetzung des Alters der Wahlberechtigten auf 21 und der Wahlbarkeit auf 25 Jahre;
5. Wahlfähigkeit der Angestellten sowohl der Arbeitgeber- wie Arbeiterorganisationen;
6. Die be- rufliche Wiederung bei der territorialen zu verbinden.

